Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Reichspfennig Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Reichspfennige — Für komplizierten Satz Aufschlag. — Reklamepreis: Die 3gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 50 Reichspfennige.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien

Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich 6maligem Erscheinen frei ins Haus monatlich 2,[illegible] Reichsmark, wöchentlich 60 Pfennige. Einzelnummern durch Straßenhändler und Kioske 10 Reichspfennige. — Redaktion und Expedition: [illegible] Straße 50. Postscheckkonto Breslau 544. Fernsprecher Breslau Ring [illegible].

7. Jahrgang. Donnerstag, den 25. Juni 1925 Nummer 140

Die Zollvorlage vor dem Reichstag

Die Regierung fordert Durchpeitschung der Wucherzölle
Genosse Rosenberg gegen Brot- und Industriezölle

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni.

Gestern fand im Reichstag die erste Lesung der Zollvorlage statt. Ganze 15 Minuten gebrauchte der Reichsfinanzminister v. Schlieben um dem hohen Hause die Zollvorlage zu begründen. Dürftige Redensarten, glaubt diese Regierung, genügen, um ihre willfährige Mehrheit von den Deutschnationalen bis zum Zentrum für die neue ungeheuerliche Belastung der werktätigen Massen mit den Brot- und Industriezöllen zu überzeugen. Und sie hat nicht unrecht, denn diese Vorlage ist bereits in Verhandlungen mit den Regierungsparteien so gut wie angenommen worden. Schlieben führte folgendes aus: Der jetzt geltende Zolltarif ist veraltet. Das Ausland hat seinen Zollschutz auch erhöht. Die Agrarzölle werden mit weitgehender Rücksichtnahme auf die Verbraucherschaft festgesetzt. (!) Die Zollvorlage muß mit der größten Beschleunigung erledigt werden, denn das unterzeichnete Handelsvertragsabkommen mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion beruhe bereits auf den im Entwurf vorgesehenen Zollsätzen. Auch bei den anderen schwebenden Handelsvertragsverhandlungen sind schon die neuen Zolltarife zu Grunde gelegt worden. Die Agrarzölle seien aus Gründen der Parität gegenüber den Industriezöllen notwendig.

Der erste Redner der Parteien, der Sozialdemokrat Wissel bestätigte das, was die Kommunisten über den „Kampf", den die Sozialdemokraten gegen die Zollvorlage führen werden sagten. Er fand sehr radikale Worte gegen die Zollvorlage, vermied es jedoch, deutlich auszusprechen, daß die Sozialdemokraten jeden Zoll auf landwirtschaftliche Produkte ablehnen. Sie wollen sich also offen lassen, für Mindestzölle einzutreten. Dagegen ging aus den Ausführungen Wissels mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Sozialdemokraten für Industriezölle sind. Es war bezeichnend, mit welcher Energie Wissel die Regierung anklagte, weil sie erst jetzt mit dieser Zollvorlage herauskomme. 8 Monate hätte die Regierung dazu gebraucht. Das sei zum Schaden der Handelsvertragsverhandlungen, die Deutschland bisher geführt habe, geworden. Wissel bedauerte sehr, daß die Deutsche Volkspartei, die früher für eine Zollvorlage ohne Getreidezölle gewesen sei, heute für Agrarzölle so viel übrig habe. Erziehungszöllen könne die Sozialdemokratie zustimmen. Im übrigen beklagte er sehr, daß die Industrie- und Getreidezölle in dieser Vorlage gemeinsam enthalten seien.

Der deutschnationale Thomsen forderte unter Berufung auf Wissel, daß wegen der Handelsvertragsverhandlungen die Zollvorlage mit der größten Beschleunigung angenommen werden müsse. Im übrigen würde die Lebenshaltung der Bevölkerung durch die Zölle gehoben werden! Er erklärte sich mit der Höhe der eingesetzten Agrarzölle nicht befriedigt und forderte weiter Zölle auf Obst, Gemüse, Eier usw.

Auch der Redner des Zentrums forderte rasche Erledigung der Zollvorlage, die unvermeidbar und notwendig sei. In dasselbe Horn blies der Redner der Deutschen Volkspartei. Dann sprach der Redner der Kommunisten,

Genosse Rosenberg

Eingangs seiner Ausführungen stellte er fest, daß die mächtigste wirtschaftliche Körperschaft Deutschland, der Reichsverband der deutschen Industrie, sich gestern gegen die gebundenen Agrarzölle ausgesprochen hat. (Gebundene Zölle sind solche, deren Satz [illegible] Handelsvertragsverhandlungen nicht herabgesetzt werden kann. [illegible] trifft u. a. auf die Zölle für Weizen, Roggen usw. zu.) [illegible] wohl dazu beigetragen, daß der Redner der Deutschen [illegible] nichts über die gebundenen Agrarzölle gesagt hat, trotzdem wir ihn durch Zwischenrufe dazu aufforderten. Es ist heute eben so, daß der Reichsverband der deutschen Industrie zehn mal mächtiger als der Landbund ist, aber trotzdem er sich gegengebundene Getreidezölle ausspricht, darf man sich keinerlei Illusionen hingeben. Bei der heutigen Lage kann man die Frage der Industrie- und Agrarzölle nicht trennen.

Auch die Industriezölle verteuern die Lebenshaltung.

[illegible] sichert die werktätige Bevölkerung nicht gegen den Zollwucher wenn man nur gegen die Getreidezölle kämpft, die die Frage des Industriezolls mit einem Schleier umhüllt und hier nicht Farbe bekennt. Gehen wir vom Eisenzoll aus, der der Kern der Zollvorlage ist. Wenn der Eisenzoll bestehen bleibt so verteuert er das Brot auch, denn alle Dinge, die der [illegible] und große Landwirt braucht werden durch den Eisenzoll auch erheblich verteuert. Die Getreidezölle sind in dem großen System der Industriezölle nur ein Beiwerk, mit dem die Zustimmung der Agrarier erkauft wird. Der Reichstag, dessen Kompetenzen im Laufe der letzten Jahre im Zuhang mit dem Dawesplan immer geringer geworden sind, hat auch bei den zollpolitischen Fragen nur wenig mitzureden. Die Verständigung der deutschen und und französischen Schwerindustriellen, die die sich anscheinend in diesen Tagen vollzogen hat, hat bereits die Festlegung der grundlegenden Positionen dieses Zolltarifs gebracht. Wir fragen die Regierung: Stimmt es, was in der Presse mitgeteilt wurde, daß die französische Eisenindustrie 1 700 000 Tonnen Roheisen zu halbem Zollsatz einführen darf und daß dieses Eisen nicht auf den freien Markt wandert, sondern vom Syndikat zu Syndikat verhandelt werden soll, also ein großes Geschäft der Syndikate und Trusts unter sich darstellt? Wir fragen weiter, ob es stimmt, daß sich die Franzosen als Gegenleistung mit dem System der Eisenzölle, wie es in dieser Vorlage niedergelegt ist, einverstanden erklärt haben? Treffen diese Blättermeldungen zu, dann ist der entscheidende Teil des Zolltarifs bereits festgelegt.

Hat nun die Industrie ein Interesse an den Agrarzöllen? Absolut nicht. Den die Agrarzölle verteuern unbedingt die Lebenshaltung und das bringt folgerichtig trotz der vorsichtigen Kampfesweise der Gewerkschaften Kämpfe um Lohnerhöhungen. Die Herren von der Großindustrie wären ganz zufrieden, wenn bei den Getreidezöllen mindestens die Bindung weg bliebe und sie dadurch ihre Ziele erreichten.

Wenn wir uns den Zolltarif inbezug auf die Industriezölle näher ansehen, so findet man u. a. daß der Zoll für Futterkalk, der bisher nicht bestand dazu führt, daß dieses für die Schweinemast notwendige Produkt von bisher 20 bis 22 Mk. pro Doppelzentner auf 30 Mk. verteuert wird. Hierbei muß man feststellen, daß an diesem neuen Zollsatz ein einziger großer Industriekonzern interessiert ist, der dieses Produkt liefert. Dasselbe finden wir bei dem Zollsatz für Eisenbleche. Diese Bleche werden zu 90 Prozent vom Otto-Wolf-Konzern hergestellt. Es war dem Otto-Wolf-Konzern möglich, durch die KKanäle, die ihn mit dem Reichswirtschaftsministerium verbinden, diese Positionen, die eine Erhöhung von 4 bis 8 Mk. vorsehen, hereinzubringen. Dieser Zoll bedeutet eine Belastung für die Konsumenten, denn die Bleche werden zu Kohlenkästen, Wassereimern usw. verwandt. Die Position ist aus der uns jetzt vorliegenden Zollvorlage herausgelassen, weil die deutsche Fertigindustrie dagegen protestierte. Schon dieses Beispiel macht es notwendig, daß die Zollvorlage gründlich nachgeprüft wird. Aber auch bei vielen anderen Positionen ließe sich feststellen, daß einflußreiche Wirtschaftskreise verstanden, ihre Interessen durchzudrücken. Das trift insbesondere auch für die Textilwaren zu.

Der Zolltarif stellt also in seinem industriellen Teil den Versuch dar, einer kleinen Gruppe von Großunternehmern auf Kosten der Gesamtbevölkerung Extraprofite und Extra-Kartellrenten zu verschaffen.

Nun zu den Agrarzölen. Die Landwirtschaft führt als Argument an, daß durch die Einführung erhöhter Industriezölle die Notwendigkeit von Agrarzöllen bestehe. Weil die Industriezölle die landwirtschaftliche Produktion verteuern, besteht die Notwendigkeit der Agrarzölle. Dieses Argument, und das möchten wir insbesondere den Sozialdemokraten sagen, auf industriellem Gebiet aus der Hand nehmen. Dazu wäre kann man der Landwirtschaft durch weitgehendsten Freihandel vor allem die Beseitigung der Umsatzsteuer und der Hauszinssteuer notwendig. Man müßte den Mut haben, die Industriezölle bis auf die Versteuerung von Luxuswaren zu beseitigen. Ein solches System wäre der Landwirtschaft dienlicher als die Schutzzölle, denn Industrie- und Agrarzölle zusammen verteuern die Produktion und damit die Lebenshaltung der werktätigen Massen ungeheuerlich. Gegenüber dem weiteren Argument, daß die Produktionskosten bei uns höher wie im Auslande seien, erklären wir, daß dieses ebenfalls irreführend ist. In Amerika z. B. sind die Löhne der Landarbeiter weit höher und dazu kommt noch die Fracht von Amerika bis Deutschland. Es ist doch Tatsache daß die Getreidepreise heute auf dem Weltmarkt höher sind wie in Deutschland, so daß ein Bedürfnis für den agrarischen Schutzzoll absolut nicht besteht. Eine Aenderung in diesem Preisverhältnis ist nicht zu erwarten. Mit der billigen Massenausfuhr russischen Getreides, wie als Gespenst an die Wand gemalt wurde zur Rechtfertigung hoher Getreidezölle ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Das ist erst möglich, sobald die großzügigen technischen Verbesserungspläne der Sowjetregierung durch geführt sind. Dazu kommt, daß die Sowjetregierung gegenüber der zaristischen Regierung zuerst an eine ausreichende Ernährung der russischen Bauern bedacht ist.

Sachliche Gründe für die Getreidezölle sind nicht anzuführen und das wird ja auch durch die Gutachten verschiedener Professoren bestätigt. Der Professor Sering glaubt in den sogenannten Bereitschaftszöllen einen Ausweg zu sehen, aber dieser Zoll ist praktisch undurchführbar. Es gibt nur ein entweder — oder. Hohe Getreidezölle oder völligen Freihandel, sowie Abschafung der Industriezölle und Aufhebung der Umsatzsteuer. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat in seinem Beschluß vom 17. Juni auch erklärt, falls die Landwirtschaft keine lückenlose Parität mit den Industriezöllen erhalte, müssen sie für völlige Zollfreiheit auf allen Gebieten eintreten.

Der Redner der Sozialdemokraten hat zwar heute in der Frage der Industriezölle keine klare Haltung eingenommen. Wir sind bereit, alle Anträge zu unterstützen, die auf die von mir eben aufgezeigte Beseitigung aller Zölle hinausgehen.

Genossinnen Hoelz und Hahn noch immer in Haft!

Breslau, 25. Juni.

Die Angelegenheit der verhafteten Genossinnen Hoelz und Geschwister Hahn wächst sich zu einem unerhörten Skandal aus. Obwohl die Genannten bereits den sechsten Tag in Haft sind, ist das bei der Beschlagnahme angeblich gefundene Material erst gestern der Staatsanwaltschaft zur Prüfung übersandt worden (!). Nachdem Kommissar Vogel tagelang das Material in Händen hatte, und sich längst davon überzeugen konnte, daß auch nicht eine strafbare Handlung, ja nicht einmal das geringste durch das Strafgesetzbuch zu erfassende Vergehen vorliegt, beginnt man jetzt erst mit der Auslieferung des Materials an die Staatsanwaltschaft, um die Entlassung unserer Genossinnen zu verhindern.

Ist die Verhaftung von ortsansässigen, nicht fluchtverdächtigen Personen wegen der Annahme des Verdachts eines Vergehens an sich schon einzig dastehend, so ist die Verhaftung und die Aufrechterhaltung der Haft gegenüber einer stillenden Mutter eine unglaubliche Brutalität und Herausforderung der Arbeiterschaft. Der Genossin Hahn ist das Kind in die Zelle gegeben worden. Trotzdem erhält sie nur 30 Minuten täglich Freistunde.

*

Jugenddemonstration vor dem Kletschkauer Kerker

Breslau, 25. Juni.

Gestern abend fand eine Amnestiekundgebung der Kommunistischen Jugend Breslau statt. Genosse Glückauf referierte über „Max Hoelz". Nach der Kundgebung sammelten sich die Jugendgenossen auf der Straße, um vor das Zuchthaus des Genossen Hoelz zu ziehen. Provozierende Polizei versuchte am Ringe den Demonstrationszug aufzulösen und sistierte dabei vier Jugendgenossen. Doch der Disziplin der Demonstranten ist es zu verdanken, daß die Demonstration in voller Ordnung fortgesetzt werden konnte. Vor der Kletschkauer Zwingburg wurde die Internationale angestimmt. Ein Jugendgenosse dachte in kurzen Worten der 7000 politischen Gefangenen, des Genossen Max Hoelz und der drei vor einigen Tagen verhafteten Genossinnen, die ebenfalls in Kletschkau sitzen. Mit einem wuchtigen Hoch auf Max Hoelz und die 7000 Inhaftierten fand die Demonstration ihr Ende, die sicherlich unseren Inhaftierten in Kletschkau neuen Mut und neuen Glauben eingeflößt hat.

*

Genosse Ihmann verhaftet

Breslau, 25. Juni.

Der Breslauer Polizeiterror kennt jetzt kein Ende. Heute morgen ist unser Jugendgenosse Ihmann aus dem Bett heraus von drei Kriminalbeamten verhaftet worden. Die Beamten gaben an, Ihmann zu einer Vernehmung zu holen. Bei den getriebenen Taktiken des Herrn Vogel ist es uns jedoch klar, daß man unseren Genossen nur geholt hat, um ihn auch hinter die Gitter zu stecken. Wir kennen die Gründe der Verhaftung nicht, zumal noch vor einigen Tagen Kriminalbeamte bei Ihmann waren, die ihm in seiner Wohnung beschlagnahmte Flugschriften zurückbringen wollten.

Wir protestieren gegen diese neue Verhaftung und registrieren auch diesen Fall als eine der hunderte unerhörten Breslauer Polizeischikanen.

Wenn man es jedoch wagen sollte, diese Getreidezölle durchzusetzen, so wird das auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft katastrophal wirken. Die Bergarbeiter im Waldenburger Gebiet z. B., die einen Wochenlohn von 18 bis 24 Mk. haben, müssen wahrscheinlich einen Monatslohn allein für diese neue Zollerhöhung neben den ungeheuren Steuern aufbringen. Setzen wir z. B. den Roggenzoll mit 3 Mk. für den Doppelzentner an, so kostet das Vierpfundbrot allein durch den Zoll ca. 6 Pfg. mehr. Wenn hier, wie geplant wird, ein Margarinezoll von 20 Mk. angenommen wird, so bedeutet das für das Pfund Margarine eine Verteuerung von 10 Pfg. allein durch den Zoll. Legt man diese beiden Zahlen zugrunde, so wird eine Arbeiterfamilie allein durch den Zoll täglich um mindestens 30 Pfg. mehr belastet. Die Erhöhung der Lebensmittelzölle bedeutet also praktisch eine Verdoppelung der Lohnsteuer. Diese Ungeheuerlichkeit muß die arbeitenden Massen auf den Plan rufen und wir Kommunisten werden alles tun, um einen Massensturm gegen diese Aushungerung zu organisieren. Bei der heutigen Wirtschaftslage Deutschlands fragen wir:

Wie soll heute das 60 Millionenvolk dieses Industrielandes ernährt werden?

Die Parole heißt: durch Export und nochmals Export. Um diesen Export zu ermöglichen, stehen wir auf die Zollmauer des Auslandes und darum wird auch das Argument immer wieder angeführt, Deutschland müsse sich ebenfalls Zölle zulegen. Wenn der eine bewaffnet ist, müsse der andere es auch sein. Wie ist es in der Wirklichkeit? Sagen wir einmal, irgendeine Ware kostet auf dem Weltmarkt 90 Mark. In Deutschland ist sie bei den erschwerten Produktionsverhältnissen nur für 100 Mark zu erzeugen. Nun wird argumentiert: Wenn wir bei diesem Preisverhältnis bleiben: 90 Mark im Ausland, 100 Mark im Inland, so überschwemmt das Ausland den deutschen Markt und nun sagt man von schutzzöllnerischer Weise: Wir legen 15 Mark Zoll darauf, dann kostet die ausländische Ware 105 Mark und die deutsche 100 Mark. Tatsächlich ist es aber so, daß der Zoll in Deutschland ebenfalls die Lebenshaltung verteuert und das wirkliche Verhältnis infolgedessen ungefähr 105 zu 103 Mark ist. Wenn wir aber schon für 100 Mark nichts nach dem Ausland haben verkaufen können, so werden wir für 103 Mark noch weniger verkaufen können. Also die angebliche Hauptaufgabe, den Export zu steigern, löst der Schutzzoll nicht. Im Gegenteil:

er verteuert die Lebenshaltung für die Bevölkerung, er schwächt den inneren Markt und hilft der deutschen Industrie nicht das mindeste auf dem Auslandsmarkt.

Nun sagen aber die deutschen Großunternehmer folgendes: Im Ausland kostet die Ware 90 Mark, in Deutschland 103 Mark, wir werden die Sache umdrehen und für das Ausland für 85 Mark verkaufen und im Inland für 110. Aber auch dieses System wird zu einem riesigen Reinfall führen. Es gibt Augenblicksprofite, aber für die Dauer ist es der größte Unsinn. Das erkennt auch die „Kölnische Zeitung". Dieser Schleuderexport bedeutet tatsächlich einen Ausverkauf Deutschlands, den sich das Ausland auf die Dauer nicht bieten lassen wird, sondern durch besondere Maßregeln diese deutsche Grenzkonkurrenz erwürgen wird. Außerdem werden dadurch die Sachwerte verschleudert und der innere Markt ungeheuerlich verteuert. Dieser Trick wird nicht über die gegenwärtige Krise in Deutschland hinweghelfen, es hilft nur eine Verbilligung! (Zuruf rechts: wie denn?) Das haben Sie schon gehört, nämlich durch die Beseitigung des Zollsystems, Verschwinden der Umsatzsteuer, radikalen Abbau des Steuersystems usw. Das jetzige System wird zum

Zusammenbruch und Abbau der deutschen Industrie

führen. Es gibt nur einen Ausweg. Deutschland muß sich mit einem großen aufnahmefähigen Agrarland in Verbindung bringen, die östliche Orientierung, die Verständigung mit Sowjetrußland ist die einzige Lösung. Aber eine solche Politik ist von der deutschen Bourgeoisie nicht zu erwarten, diese Politik wird von dem Kampfwillen der deutschen werktätigen Massen getragen werden. Nun zur

Taktik der Sozialdemokraten.

Kürzlich hat Herr Dr. Hilferding bei seiner Rede die Seligkeit der Rechten zugerufen: Bei Philippi sehen wir uns wieder! Philippi ist schneller gekommen, als man ahnte. Als am 15. Juni im Reichsrat über die Zolltarifvorlage der Reichsregierung abgestimmt wurde, da hat die preußische Regierung, in der die Sozialdemokratie doch den maßgebenden Einfluß hat, einige Abänderungsanträge gestellt, und als diese abgelehnt wurden, mit Hessen und Anhalt zusammen für den Zolltarif der deutschnationalen Regierung gestimmt. (Hört! Hört! b. d. Komm.) Die Herren Sozialdemokraten sind doch so stolz auf diese „Volksblock"-Regierungen in Preußen, Hessen und in Anhalt. In Anhalt ist es sogar so, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit im Ministerium haben. Trotzdem hat der Vertreter von Anhalt für die Zollvorlage des Grafen Kanitz gestimmt. Die hessische „Volksblock"-Regierung aber hat im Reichsrat sogar einen Antrag auf Erhöhung der autonomen Getreidezölle gestellt. (Hört! Hört! b. d. Komm.) Einen Antrag, der sogar vom Reichsrat abgelehnt wurde. Wenn man das sieht, so können die werktätigen Massen wirklich keine allzu großen Hoffnungen auf den Kampf der Sozialdemokratie gegen die Zölle legen. Die Herren Sozialdemokraten erzählen den Massen, daß die „Volksblock"-Regierung in Preußen ein ungeheures Bollwerk gegen die Reaktion wäre. (Zuruf Dittmann: Warum wollen Sie denn die Regierung in Preußen stürzen?) Wir denken gar nicht daran. Wir geben Ihnen die Galgenfrist, damit die Massen inzwischen über Ihre Rolle aufgeklärt werden. Reden Sie sich nicht ein, daß Sie irgendeine Versicherungsprämie von uns bekommen. Wir werden unsere Macht ausnutzen, wenn wir es für richtig halten. Daß wir jemals Ihr Anhängsel werden, davon ist keine Rede.

Nun zu Herrn Wels! Er hat in seiner Rede das Hauptgewicht gegen die gebundenen Getreidezölle gerichtet, hat aber der Regierung Vorwürfe gemacht, daß sie die Zollvorlage nicht schon früher herausgebracht habe, damit unsere Handelsvertragsunterhändler eine gesetzliche Grundlage gehabt hätten. Wenn Worte einen Sinn haben, so geht daraus hervor, daß die Herren von der Sozialdemokratie unter gewissen Umständen die Industriezölle für berechtigt halten. Auch der „Vorwärts" hat sich erst kürzlich im Sinne der Industriezölle ausgesprochen. Auch bei der Meldung des „Vorwärts" über die Ablehnung der Mindestzölle für Getreide durch den Reichsverband der deutschen Industrie vermißt man einen deutlichen Kommentar. Die Herren Sozialdemokraten sind also derselben Meinung wie die deutsche Großindustrie und wie die Deutsche Volkspartei. Wenn die Sozialdemokraten für mäßige, vernünftige Industriezölle, was auch von den Herren der Schwerindustrie so schön erklärt wird, was auch von den Herren der Schwerindustrie so schön erklärt wird, und so handeln sie damit gegen die Interessen der werktätigen Massen. Die arbeitenden Massen im Lande sind genau so sehr gegen den Eisenzoll, in dem sie die Voraussetzung des Brotzolls sehen. Der ADGB. hat es in der Hand, die Zollpläne der Agrarier und Industriellen zu verhindern. Wir Kommunisten haben dem ADGB. in unserer Presse erklärt, daß wir bereit sind, jeden Schritt, der dazu führt, zu unterstützen. Wir erneuern diese Erklärung von dieser Stelle aus. Wir werden uns zu jedem wirklich ernstem Kampf gegen die Zollgefahr außerhalb und innerhalb des Parlaments bereitfinden. Wir verlangen aber vom ADGB., daß dieser Kampf auch wirklich eingeleitet wird.

Sollten es aber die Sozialdemokraten es für besser halten, den Weg der Schwerindustrie und der Deutschen Volkspartei mitzumachen, so werden sie Millionen von Gewerkschaftlern in Empörung gegen diese arbeiterfeindliche Politik wenden.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das werdet Ihr nicht fertig bringen.) Wenn wir es auch nicht fertig bringen, so werdet Ihr es durch Eure Politik der Unterstützung der Interessen der Großindustrie zustande bringen.

Diese Zollvorlage ist ein weiteres Glied in der Interessenpolitik des deutschen Großkapitals, die darauf hinausläuft, der deutschen werktätige Bevölkerung in Uebereinstimmung mit dem Ententekapital immer größere Lasten aufzubürden. Die Opposition gegen die Innen- und Außenpolitik dieser Regierung, die zur Katastrophe führt, wird wachsen. Die werktätigen Massen werden sich diesen Zollwucher, weder den Brotwucher noch den Eisenwucher, die tatsächlich identisch sind, gefallen lassen. Die arbeitenden Massen werden kämpfen bis diese Pläne gefallen sind.

Fortsetzung der Beratung der Zollvorlage Donnerstag nachmittag 2½ Uhr.

Die betrogenen Sparer fordern Rechenschaft

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni.

Im Reichstag waren eine große Anzahl von Vertretern der durch Inflations- und Aufwertungsbetrug erbitterten Rentner, Hypothekengläubiger usw. erschienen. Sie forderten insbesondere von den Deutschnationalen Rechenschaft. Aber die deutschnationalen Führer entzogen sich dem unbequemen Besuch durch die Flucht. In der Halle gab es dann einen großen Aufmarsch. Sämtliche bürgerlichen Parteien und ebenso die Sozialdemokraten haben es gleichzeitig wohlweislich unterlassen, sich den Aufwertungsinteressenten zu stellen. Ein Sozialdemokrat mußte sich von einer Gruppe Aufwertungsgläubiger sagen lassen, daß die Sozialdemokratie, die es während ihrer Regierungszeit in der Hand gehabt hatte, rücksichtslose Maßnahmen gegen die Inflation zu ergreifen nichts getan habe. Verschiedene kommunistische Abgeordnete, darunter der Genosse Höllein, setzte sich sehr eingehend mit den Rentnern und Hypothekengläubigern auseinander und machte ihnen klar, daß sie sowohl von den Sozialdemokraten als von den Deutschnationalen betrogen würden.

*

Erst Zölle und dann — keine Aufwertung

Berlin, 25. Juni.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 24. Juni 1925 mit dem zweiten Abschnitt des Gesetzentwurfes über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Gleich zu Beginn der Sitzung gab der Vertreter der Regierungsparteien, Hergt, zur Geschäftsordnung bekannt, daß die Regierungsparteien Anträge einbringen würden zu den Titeln „Anleiherente", „Auslosungsrecht" und „Anleihesondersonds".

Die während der Sitzung eingelaufenen Anträge verfolgen keinen anderen Zweck, als auf Kosten der breiten Massen ein stark spekulatives Lotteriepapier zu schaffen, zu dessen Deckung Einnahmen aus Zöllen auf Roggen, Weizen, Fleisch, Speck und Mehl verwendet werden sollen, ein Trick der Agrar- und Großindustriekreise, die Agrar- und Industriezölle schmackhaft zu machen.

In der Beratung wurden die Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten, welche die Rechte der Altanleihebesitzer regeln, mit Stimmengleichheit, bei Stimmenthaltung des Demokraten von Richthofen, abgelehnt. Ebenso abgelehnt wurde der Antrag der Kommunisten auf Beschränkung des Besitzrechtes mit der Begrenzung der Bedürftigkeit.

Die Ausdehnung des Altbesitzes der Anleihen vom 1. Juli 1920 auf den 1. Juli 1923 wurde ebenfalls abgelehnt.

Aus den Reichstagsausschüssen

Pläne der Militaristen im Rechtsausschuß

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wird gegenwärtig ein verborgener ein höchst raffinierter, reaktionärer Plan zur Durchführung gebracht. Es handelt sich darum, sämtliche durch die November-Revolution herbeigeführten Verbesserungen der Militärstrafrechtslage rückgängig zu machen und den alten wilhelminischen Militarismus in verschärfter Form wieder herzustellen. Dazu sind 2 Gesetzentwürfe eingebracht. Der eine nennt sich harmlos Entwurf eines Gesetzes zur „Vereinfachung" des Militärstrafrechts, der andere Entwurf eines Gesetzes über Militärstrafrechts, der andere Entwurf eines Gesetzes über Militärgerichte und militärgerichtliches Verfahren.

Der Zweck der jetzigen Reform besteht nun darin, das Militärstrafrecht den „Beamten, Schneidern und Handschuhmachern" in den Schöffengerichten wieder zu entziehen und in militärische Hände zu übertragen. Die militärischen Sondergerichte wieder herzustellen, wagt man heute noch nicht und so hat man den genialen Weg eingeschlagen, daß man einen großen Teil der militärgerichtlichen Vergehen aus dem Militärstrafgesetzbuch „herausnimmt". Das sieht so aus, als würde das Strafrecht im Sinne moderner Humanitätsideen gemildert. In Wirklichkeit tritt aber an die Stelle der ordentlichen Zivilstrafrechtspflege für alle diese Fälle künftig die unbeschränkte Willkür des militärischen Disziplinarvorgesetzten gegenüber seinen Untergebenen. Ausdrücklich hat man in versteckter Form auch den § 3 des Einführungsgesetzes zum Militärstrafgesetzbuch aufgehoben und die Begründung zum Gesetzentwurf verrät sehr naiv, daß hierdurch eine „außerordentliche Erleichterung der Handhabung der Disziplinarstrafgewalt" erreicht werden soll.

Die Kommunisten werden diesen wie jeden anderen Versuch der monarchistischen und militaristischen Restauration in Hindenburg-Dawesdeutschland, im Ausschuß ebenso wie im Plenum auf das schärfste bekämpfen.

Vom Tage

Die Bergleute im mitteldeutschen Braunkohlenrevier haben eine Lohnerhöhung von 20 Prozent verlangt. Das Unternehmertum steht natürlich auf einem scharf ablehnenden Standpunkt.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurden gestern die Gesetzvorlage über Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer mit 15 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Völkischen und Wirtschaftsparteiler gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt. Sozialdemokrat Herz erklärte ausdrücklich, daß die SPD. Verbrauchssteuern keineswegs grundsätzlich bekämpft.

Eine Unterbezirkskonferenz der KPD. Straubing wurde von acht Kriminalbeamten und 50 Mann grüner Polizei überfallen. Trotz größter Schikanen und strengster Durchsuchung wurde nichts gefunden.

In zwei Werbetagen gewann unser Hamburger Bruderorgan, die „Volkszeitung" 1000 neue Abonnenten.

Die Unruhen in Bulgarien gehen weiter. Aus Sofia werden neue Feuergefechte in der Provinz mit angeblichen „Räuber"banden gemeldet.

Leipziger Schandurteil

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 25. Juni.

Im zweiten „Tscheka"-Prozeß gegen unsere Mecklenburger Genossen wurden gestern, nach 14 Verhandlungstagen das Urteil verkündet. Der Vertreter der Anklage hatte bereits die Todesstrafe für den Angeklagten Zeutschel wegen Vergehen gegen das Republik- und Sprengstoffgesetz beantragt. Das Urteil lautete nunmehr auf 8 Jahre Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe. Warnke erhielt 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte Winkel wurde zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe bestraft. Schmidt erhielt 2 Jahre sechs Monate Gefängnis und ebenfalls 300 Mark Geldstrafe.

*

Oberschlesische Klassenjustiz

(Eigener Bericht.)

Beuthen, 24. Juni.

Hier fand ein großer Prozeß gegen den Genossen Drzymalla und unseren früheren verantwortlichen Redakteur, Genossen Belke, statt, in dem der Staatsanwalt nach achtstündiger Verhandlung gegen D. trotz haltlosen Anklagematerials wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz, Aufforderung zum Ungehorsam, Beleidigung, insgesamt neun Monate Gefängnis beantragte. Wegen Beleidigung eines Pfarrers in zwei Artikeln der „Oberschlesischen Roten Fahne" beantragte er gegen Belke je drei Monate, insgesamt 4 Monate Gefängnis.

Wir werden über diesen Prozeß, in dem es zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Gerichtshof und dem Verteidiger, Rechtsanwalt Lichtenstein, wegen eines jungen Polizeileutnant-Schnösel kam, morgen ausführlich berichten. Dies führte dazu, daß der Verteidiger die Verteidigung niederlegte und die beiden Angeklagten aus Protest gegen die Behandlung ihres Verteidigers keinerlei Erklärungen noch Antworten auf Fragen des Vorsitzenden abgaben.

*

Verurteilungen im Schiffbecker Prozeß

(Eigener Drahtbericht.)

Altona, 25. Juni.

Im Schiffbecker Prozeß sind 191 Personen angeklagt. Der Prozeß wird in sieben Staffeln durchgeführt. Gestern sahen dreizehn Arbeiter auf der Anklagebank. Sie wurden zu Festungsstrafen von 1 Jahr 5 Monaten bis 3 Jahren 6 Monaten verurteilt.

*

Drei Jahre für antimilitaristische Propaganda

(Eigener Drahtbericht.)

Mainz, 25. Juni.

Das französische Kriegsgericht verurteilte die 18jährige Genossin Minna Müller zu 3 Jahren Gefängnis, weil sie in den Kasernen kommunistische Zeitungen verteilt hatte. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre beantragt. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, weil die angeklagte tapfere Genossin in ihrem Schlußwort erklärte, daß sie ihre Taten nicht bedauere und sehr wohl wisse, was sie getan hätte.

Der nationale Marokkoblock

Paris, 24. Juni.

Die gestrige Nachtsitzung der Kammer endete gegen 2 Uhr morgens mit der Annahme des Vertrauensvotums für die Regierung mit 150 : 30 Stimmen. Die gesamte Volksvertretung mit Einschluß der Sozialisten hat also die Marokkopolitik des Kabinetts Painlevé gebilligt. Allein die Kommunisten stimmten gegen sie.

China den Chinesen!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni

Gestern fand im Karlsgarten eine neue Kundgebung „China den Chinesen!" statt. 5000 Arbeiter standen schon vor Beginn Kopf an Kopf, trotzdem kamen immer noch mehr Massen. Es sprachen als Vertreter der Komintern Genosse Thälmann und ein Vertreter der IAH.

Das Schindluderspiel mit den Beamten

Keine Gehaltserhöhung — keine Wirtschaftsbeihilfe

Von W. Kasper, M. d. L.

In der Sitzung des **Preußischen Landtages** am 23. Juni sollte über den vom **Beamtenausschuß** dem Plenum überwiesenen Antrag über Gewährung einer **einmaligen Wirtschaftsbeihilfe an die Beamten** der Besoldungsgruppen 1 bis 6 ohne besondere Debatte, wie das im Beamtenausschuß vereinbart war, abgestimmt werden. **Um diese Abstimmung und damit die klare Stellungnahme hierzu zu umgehen**, beantragte das Zentrum die nochmalige Zurückverweisung des Antrages an den Hauptausschuß.

In dem Antrag heißt es:

Das Staatsministerium wird beauftragt, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 bis zum 1. Juli 1925 eine einmalige außergewöhnliche Wirtschaftsbeihilfe von 100 Reichsmark erhalten. Die Wirtschaftsbeihilfe ist auch den gleichartigen Angestellten, Wartegeldempfängern, Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen zu gewähren. Zur Vermeidung von Ueberschneidungen der Gehälter in höheren Gruppen werden entsprechende Ausgleichssummen gewährt.

Die durch Hammelsprung vorgenommene Abstimmung ergab wegen Nichtbeteiligung der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei die Beschlußunfähigkeit des Hauses, so daß der Antrag zunächst von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte.

Um die seit Jahr und Tag immer und immer wieder betrogenen Beamten vor einer neuen Enttäuschung zu bewahren, muß jedoch mit aller Offenheit festgestellt werden, daß selbst bei Annahme dieses Antrages im Plenum des Landtages die Beamten nicht damit rechnen können, irgendeine Erhöhung des Gehalts oder eine Wirtschaftsbeihilfe zu erhalten. Schon bei der Beratung des Antrages im Beamtenausschuß hat sich die Rechte gegen Gehaltserhöhung der Beamten gewendet, und auch der demokratische preußische Finanzminister hat erklärt, **daß irgendeine Erhöhung der Beamtengehälter jetzt unmöglich verantwortet werden könne, weil diese sofort Lohnforderungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft in der Privatwirtschaft nach sich ziehen müßte, die jetzt auf keinen Fall getragen werden könnten.** Die Annahme des Antrages würde für das Reich etwa 75 Millionen, für Preußen 15 bis 20 Millionen Mark ausmachen, irgendwelche Mittel ständen für diese Zwecke nicht zur Verfügung. Die kommunistische Fraktion hat im Ausschuß erklärt, daß sie grundsätzlich gegen die Form der Wirtschaftsbeihilfen sei, daß aber in diesem Ausnahmefall, wo breite Kreise besonders der unteren Beamten, die durch die miserable Besoldung über und über verschuldet sind, dafür stimmen werde, beantragte jedoch, die einmalige Wirtschaftsbeihilfe **auf mindestens 300 Mark festzusetzen. Dieser Antrag wurde schon im Beamtenausschuß von den Rechtsparteien einschließlich Zentrum und Demokraten niedergestimmt.** Besonders die Deutschnationalen trieften in ihren Redensarten von sozialem Verständnis für die Not der Beamtenschaft, machten jedoch das Besoldungssperrgesetz, das von der deutschnationalen Luther-Regierung im Reich, auch mit den Stimmen der Vertreter der preußischen Weimarer Koalitionsregierung, im Reichsrat um ein weiteres Jahr verlängert wurde, dafür verantwortlich, daß man den preußischen Beamten leider nicht helfen könne. Für den **Bau eines Konzertsaales in Bad Pyrmont, für die Anschaffung von Teppichen für das Preußische Herrenhaus, für den Umbau des Staatlichen Opernhauses und für „die Ergänzung, Erweiterung und Umgestaltung der Einrichtungsstücke in der Dienstwohnung des Ministers für Volkswohlfahrt"** waren Mittel vorhanden, die sogar durch besonderes Gesetz der „Dringlichkeit wegen" vorweg bewilligt wurden. Für die mehr als berechtigten Forderungen der Beamten hat man jedoch keine Mittel, sondern nur faule Redensarten übrig. Diese Behandlung der Beamtenschaft beweist besser als alle Versprechungen der herrschenden Klasse in Deutschland, daß die Beamtenschaft sowohl von der Reichs- wie von der preußischen Regierung nichts zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erwarten hat.

In der Dawes-Kolonie Deutschland müssen die Beamten zusammen mit den Arbeitern und Angestellten den außerparlamentarischen Kampf zur Sicherung und Erhaltung ihrer Existenz aufnehmen.

Aufruf!

An die revolutionären Seeleute Chinas!

Werte Genossen!

Wir deutschen Seeleute Seeleute haben mit Begeisterung Kenntnis genommen von Euerem aktiven Eingreifen in den Kampf des gesamten chinesischen Proletariats gegen Imperialismus und Kapitalismus.

Seeleute Chinas!

Die deutschen Seeleute, organisiert im Deutschen Schiffahrtsbund und in der Kommunistischen Partei Deutschlands, rufen Euch zu: „Haltet durch bis zum endgültigen Siege!"

Denkt daran, daß unsere Brüder, die russischen Seeleute, immer in der vordersten Front standen, wenn es galt, die Revolution zu verteidigen! Denkt an die Taten des Genossen Marth von der französischen Schwarze-Meer-Flotte! Deutsche Seeleute waren es, die die Revolution 1918 entfachten! Denkt an Euren eigenen glorreichen Kampf im Jahre 9122! Zeigt, daß Ihr bereit seid, getreu der revolutionären Tradition der Seeleute, den Klassenbrüdern voranzugehen auf der Bahn zur Befreiung aus Sklaverei und Knechtschaft! Wir deutschen Seeleute erklären uns solidarisch mit Euch in Euerem gerechten Kampf!

Es lebe die Befreiung des chinesischen Proletariats!

Es lebe die Weltrevolution!

Deutsche Schiffahrtsbund.

So sieht die Solidarität der SPD. und des ADGB. gegenüber der chinesischen Arbeiterschaft aus

Von der Kuo-Min-Tang-Partei wird uns geschrieben:

Die in Berlin weilenden Mitglieder der Kuo-Min-Tang-(nationalrevolutionäre) Partei wollten die deutschen Arbeiter auffordern, ihre Solidarität gegenüber den chinesischen Arbeitern kund zu tun. Zu diesem Zwecke schickten sie am Dienstag eine Delegation an die verschiedenen Arbeiterorganisationen, die SPD., KPD., Afa, ADGB. usw. Heute, am Donnerstag ging diese abermals hin, um einen Aufruf unterschreiben zu lassen, in dem die deutschen Arbeiter aufgefordert werden, eine Kundgebung (die am Montag stattfinden sollte) mit dem Thema: „China den Chinesen" zu besuchen. Zuerst wandte sich die Delegation an die SPD. Hier bekam sie einen ganz alten Herrn mit langem weißen Barte, einen von den 20 Vorstandsmitgliedern der SPD., zu sprechen. Er erklärte, daß er stark mit der chinesischen Arbeiterbewegung sympathisiere. Er hat die chinesischen Kulis in Amerika arbeiten sehen und sie dort auch unterstützt. Er ist dafür, daß die SPD. ein Sympathietelegramm nach China sendet. Was eine Kundgebung anbetrifft, so meint er, daß dies nicht gut sei. Es werden jetzt viele Versammlungen über die deutsche Steuerfrage abgehalten und die deutschen Arbeiter haben keine Zeit und auch kein Interesse für ausländische Angelegenheiten. Dann wandte er sich gegen das Thema: „China den Chinesen". Er meint, die SPD. sei doch international und könne unter solcher Parole keine Versammlung abhalten. Die Delegation der Kuo-Min-Tang erklärte ihm: In China geht es jetzt in erster Linie darum, die Imperialisten aus dem Lande zu verjagen und infolgedessen sei das erste Ziel „China den Chinesen". Der alte Herr fragte nun, wer denn diesen Aufruf unterzeichnen würde, worauf die Delegation antwortete, daß sie noch zu den Gewerkschaften und zur KPD. gehen wolle. Als er den Namen KPD. hörte, war es aus. Nein, sagte er, mit der Kommunistischen Partei zusammen arbeiten wir nicht. Diese verfolgt immer ihre besonderen Ziele und propagiert nur immer für Sowjet-Rußland. Die Delegation antwortete: „Um die deutschen Parteiangelegenheiten kümmern wir uns nicht. Wir wollen nur die Sympathie der deutschen Arbeiter haben." Der alte Herr antwortete dann, daß er später eine schriftliche Antwort geben würde.

Die Delegation wandte sich nun an den ADGB. Hier erklärte man auch, daß man mit der chinesischen Arbeiterbewegung sympathisiere. Aber eine Kundgebung kann man nicht mitmachen. Das sei eine politische Angelegenheit und man müsse sich an die Parteien wenden.

Der Todesring um Marokko

„Isolieren — aushungern — ersticken"

Die seit Wochen zwischen der französischen und der spanischen Imperialistenregierung gepflogenen Marokkoverhandlungen haben die Meldungen der Auslands-Agenturen zufolge ein Resultat gezeitigt: über die Blockade der Riffküste ist zwischen den Räubern Einigkeit erzielt, die französische und die spanische Kriegsflotte werden, jede auf „ihre" Zone beschränkt, gemeinsam operieren. Die Blockierung der Kabylen von der Landseite her (Abschneidung der Waffenzufuhr) soll gleichfalls durch ein Abkommen geregelt werden; die Grenzkontrolle in der kleinen „internationalen Zone" von Tanger erfordert, wie es heißt, allein 1500 Gendarmen. Da Abd el Krim von Algerien her Lebensmittelzufuhren erhalte, soll der militärische Grenzkordon dort durch beträchtliche Verstärkungen „luftdicht" gemacht werden. Die französisch-spanischen Sachverständigen erklären, daß nunmehr die Aushungerung des Kabylenvolkes begonnen werden könne.

Dieser Blockadebeschluß der Madrider Marokko-Konferenz wird um das freie und tapfere Bauern- und Hirtenvolk einen mörderischen Ring aus Stahl und Eisen schmieden. Er soll verwirklichen, was unlängst das volksparteiliche Blatt „Die Zeit" in einem „Giftgas in Marokko" betitelten, ebenso nüchternen wie brutalen Artikel als das voraussichtliche Schicksal der marokkanischen Rebellen beschrieben hat:

„Die Einkreisungspolitik wird sie isolieren, die Blockade wird sie aushungern, das Kampfgas wird sie ersticken."

Seit Jahren schon, — so war in demselben Artikel dargestellt — hat Amerika durch Sachverständige die geologische Struktur des Riflandes untersuchen lassen; das Ziel, dem der Raubkrieg dient, besteht in den Mineralschätzen; da „man" heutzutage nichts ohne den übermächtigen amerikanischen Imperialismus unternehmen kann, wird der englisch-französisch-spanische Streit um die Beute keine scharfen Formen annehmen können, der fetteste Happen aber in das Gebiß der Neuyorker Imperialisten kommen. Da vor der Verwandlung des freiheitsliebenden Bergvolks in Kulis ein großer Teil durch Hunger und Gasbomben und durch die für ein solches Volk ungewohnte Lohnsklaverei bezw. durch den damit verbundenen Hunger ein weiterer Teil nachher schnell vernichtet sein werde — so hieß es in dem Artikel weiter —, so habe man bereits den Antransport von Kulis aus Anam vorbereitet.

Wie der Marschall das Feld bebaut

Das Rifgebiet soll ein Musterbeispiel der imperialistischen „Zivilisation" werden. Zu ihrer Durchführung ist militärisch wie wirtschaftlich alles vorbereitet: große Straßenbauten des Marschalls Lyautey, Tanks, Infanteriekolonnen, Panzerflugzeuge, Gasbomben, Beuteverträge, Geologen, anamische Kulis. Da Marschall Lyautey gut weiß, daß man mit Flintenrohren allein keine Bergwerke erschließen kann, so erklärte der französische Sozialdemokratenführer Paul Boncourt neulich in einem antibolschewistischen Artikel wörtlich:

„Lyautey gehört zu jener Rasse von Kolonisatoren, die viel mehr Verwalter als Militär sind, die viel lieber Felder bebauen lassen, als Säbelhiebe geben."

Den Kommentar zu diesem Wort eines sozial-imperialistischen „Missionars" lieferten dann zwei von den — Lyautey unterstellten — Generälen Colombat und Ferand unterzeichnete Telegramme, in denen Anweisung gegeben wurde, die bei der Feldarbeit hinter der Front beschäftigten kabylischen Bauern durch Flugzeuge zu bombardieren und in den Heeresberichten weder Alter noch Geschlecht der durch Bomben getöteten Zivilpersonen zu erwähnen. So „bebaut" Lyautey das Feld.

Dieser Paul Boncourt ist amtlicher Vertreter Frankreichs im Völkerbund. Er hat seinerzeit „flammenden Protest" erhoben, als die Sowjetmacht in Georgien dem menschewistisch-englischen Petroleum-Aufstand ein Ende machte. Sein Artikel über den „Ackerbau" des französischen Generalstabs zeigt zugleich die Rolle des Völkerbunds. Unnütz und lächerlich wäre es in der Tat, zu fragen: Warum greift der Völkerbund nicht zugunsten der von Hunger- und Gastod bedrohten Kabylen ein?

Ein Arbeitermädel

Der Roman einer Illusion.

Von Otto Müller Glösa.

81

War Sonntags das Wetter ungünstig, so besuchten Bergers nachmittags ein Kinotheater. Dafür zeigte Rosa nicht weniger Interesse als ihre Mutter, die auf einzelne Filme ganz versessen sein konnte. Frau Berger verliebte sich nicht selten heimlich in einen berühmten Filmschauspieler, lobte diesen dann besonders und bezeichnete jede seiner Gesten als einzigartig. Rosa hingegen interessierte sich mehr für den dramatischen Verlauf der Geschichte, um die es sich jeweilig handelte. Aber soviel sie nun auch davon sah, keine vermochte wieder einen so gewaltigen Eindruck auf sie zu machen, wie seinerzeit die erste, die sie gesehen hatte. Es hatte sich um einen nordischen Film gehandelt, dessen Geschichte man in der Quintessenz als die Geschichte aller Filme bezeichnen konnte.

Es war da ein adrettes, geradezu idyllisch gelegenes Bauerngut gewesen, auf dem ein „junges, hübsches", aber armes Mädchen diente. Natürlich verliebte sich der „junge, hübsche" Sohn des Bauers in sie. Seinem Herzen vertrauend, schenkte die Magd ihm ihr Herz und ihren Leib. Denn am Abend gingen sie im herrlichen Mondenschein miteinander spazieren und zum Schlusse stieg der Bauernsohn durchs Fenster in die Kammer des Mädchens. Bald aber stellte sich heraus, daß das Verhältnis nicht ohne Folgen bleiben sollte. Als der Bauer eines Tages den Zustand seiner Magd bemerkte, stellte er sie zur Rede, erfuhr alles und jagte sie kurzerhand vom Hofe. Augenblicklich mußte sie ihr Bündel packen. In der Tat hatte sie nur ein Bündchen Sachen und damit ging sie schwermütig und zu allem bereit nach dem Walde, der hinter dem Gut lag und in dem sich ebenfalls idyllisch versteckt ein herrlicher, kleiner See befand. Er war ihr Ziel. Kurze Zeit danach aber war der Sohn nach Hause gekommen und hatte erfahren, was sich inzwischen ereignete. Sofort jagte er in den Wald und, von seinem Instinkt geleitet, nach dem See. So kam er gerade noch zurecht, um die Geliebte dem Wasser und dem Tode zu entreißen. Schnell hatte er sie nach Hause getragen, sie kam wieder zum Leben und er erwirkte die Versöhnung mit seinen strengen Eltern. Das arme Mädchen wurde seine Frau. Das letzte Bild, betitelt: „Ein Jahr später", zeigte das junge, glückliche Paar mit einem reizenden Kindchen. So fand eine treue Liebe ihren verdienten, schönen Lohn.

Rosa hatte damals zusammen mit diesem unglücklichen Mädchen im Film geweint und war dann mit ihr glücklich gewesen, als sich das Schicksal dieses so schwer geprüften Mädchens eine glückliche Wendung genommen hatte. Das war es, was ihr diese Geschichten so wertvoll machte, sie konnte mit diesen Menschen in der Geschichte mitleiden und sich mit ihnen freuen, konnte teilnehmen an einem anderen, wenn auch nur vorgetäuschten Leben. Die Illusionen waren bei ihr komplett. Sie vergaß sich, während sie solche Geschichten sah, vollständig und glaubte an sie ohne Zweifel. Ging man dann heraus aus dem Theater, so konnte man immer noch Vergleiche ziehen zwischen dem Geschehenen und dem einzelnen davon, was man so ähnlich selbst erlebte. Und sah man oft solche Geschichten, so fand man den Mut, sich auch für das eigene Leben Illusionen zu machen. Wenn diese armen Mädchen im Film solche ungewöhnlichen Dinge erlebten, warum sollte es nicht einmal einem selbst passieren? Ja, da spürte man es, wie wenig das eigene Leben jetzt noch Reize bot und daß man mehr erleben möchte. Jedenfalls zeigte das Kino, was man noch erleben könnte.

So sah Rosa auch auch jetzt noch solche Geschichten, ohne kritisch zu ihnen Stellung zu nehmen. Ihr kam es nicht in den Sinn, daß sie im Grunde alle ziemlich verlogen waren. Sie überlegte sich nicht, daß es wenig so idyllisch gelegene, adrette Güter gab und daß sie im Filme ein Mustergut in festtäglicher Aufmachung gesehen hatte. Sie gab sich auch nicht Rechenschaft darüber, ob es wohl viele Bauernsöhne gibt, die es so ehrlich meinen, wenn sie sich in eine Magd „verlieben", und daß die meisten ein Dienstmädchen ihrer Eltern so lange „lieb haben", wie sie einen billigen und bequemen Geschlechtsverkehr dadurch haben, aber nicht im Traume daran denken, ein solches Mädchen dann zu heiraten. Rosa rechnete auch nicht damit, daß von hundert Bauernsöhnen in der gleichen Lage sich neunundneunzig glücklich geschätzt hätten, dieses unbequem gewordene Mädchen soll schnell und auf diese einfache Weise losgeworden zu sein. Und daß sich keiner der neunundneunzig besondere Sorgen darüber gemacht haben würde, ob das Mädchen etwa in seiner Verzweiflung Selbstmord begehe. Oder daß, wenn sie wirklich an den einen gekommen sei der sich Sorgen über sie mache und ihr sofort nachgehe, wiederum es von hundert Eltern neunundneunzig gäbe, die nicht in die Heirat einwilligten und daß es in der Regel so zuging, daß man dann eine Abfindungssumme bezahlte und der Sohn später „standesgemäß" heiratete.

Im übrigen war es Rosa auch nicht aufgefallen, daß man ein besonders idyllisch gelegenes Gut ausgesucht hatte, auf dem sich das alles abspielen sollte und das zudem noch nur in seiner sonntäglichen Sauberkeit im Film zu sehen war. Ebenso, wie man wohl die Magd zeigte, wie sie am späten Abend bei herrlichem Mondschein mit dem Bauernsohn lustwandelte, aber zu zeigen, unterließ, welch schwere Arbeit sie täglich zwölf bis vierzehn Stunden zu verrichten hatte, um das Wenige zu verdienen, das sie zu ihrem bischen Leben brauchte. Rosa hätte sonst schlußfolgern können, daß es eine Ungerechtigkeit sei, daß diese Magd trotz ihrer vielen und schweren Arbeit nicht einmal soviel verdiente, daß sie im schlimmsten Falle ein Kindchen zu ernähren vermochte. Denn wenn nicht in erster Linie eine wirtschaftliche Misere mit ihrem „Sündenfall" verbunden gewesen wäre, hätte sie nicht zu verzweifeln und ins Wasser zu gehen brauchen.

Aber gerade das machte alle diese Geschichten so verlogen, daß man in ihnen „Schicksale", losgelöst von ihren bedeutsamen wirtschaftlichen Hintergründen, abhandeln wollte, trotzdem in der Wirklichkeit kein einziges Schicksal außerhalb seiner wirtschaftlichen Bedingungen existierte. Da aber Rosa darüber nicht nachdachte, konnten in ihr auch nicht jene Bedenken entstehen, die allein ihr alle diese verlogenen Geschichten hätten verleiden können.

Desgleichen fand Rosa mehr und mehr Gefallen an der Lektüre von Romanen. Bergers verfügten selbst über einen großen Vorrat davon, weil in ihrem Haushalte seit Jahren eine Seife verwendet wurde, deren Packungen Gutscheine beilagen, für die man Romane geschenkt bekam. Das waren Geschichten, die meist von Adligen geschrieben wurden, die sich nicht anders zu ernähren wußten, als die Klatschgeschichten ihrer und bekannter adliger Familien niederzuschreiben, wozu sie eine leidliche Allgemeinbildung einigermaßen befähigte. Ihr adliger Name, der sonst keinen Zweck weiter hatte, tat ihnen gute Dienste, wenn es galt, diesen Trotsch anzubringen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Provinz

Bunzlau. Reichsbanngründungsversammlung. — Genosse König als Diskussionsredner nicht zugelassen. Am Sonnabend, den 20. Juni, fand im Volkshaus eine Gründungsversammlung des Reichsbanners statt. In der Studienrat Rostkowski-Breslau als Redner glänzte. Schon zu Anfang seiner Rede konnte man feststellen, daß es eine gut zentrumsdemokratisch-sozialdemokratisch-reaktionär-süße Phrasendrescherei war. Die Harmonie sollte ungestört bleiben wie in einem Kegelklub, das beweist ja schon das Inserat in dem Bunzlauer Stadtblatt, welches sagt, daß Gegnern von rechts wie links der Zutritt untersagt ist, also ein Beweis, daß sich der Redner fürchtet, seinen Gegnern von links Rede und Antwort zu stehen. Den Gegner von rechts hat er nicht zu fürchten, ist er doch ebenso reaktionär, nur mit dem Unterschied der Reichsfarben. Ist es möglich, daß der Prolet diese hochherzigen Phrasen eines Mannes, der nie Arbeiterinteressen vertreten wird, nicht mit Entrüstung zurückweist und derartige Heuchler und Schmeichler zum Teufel jagt. Hier aber konnte man wieder sehen, wie SPD.-Bonzen durch systematische Arbeit ihre Mitglieder den Pfaffen, dem Schwerkapital der Stinnes, Klöckner usw. verschachern. Arbeiter Bunzlaus, wie reimt sich das zusammen? Auf der einen Seite heraus aus der Kirche, weg mit dem Pfaffengeschmeiß, auf der anderen Seite hinein in die Einheitsfront, helft den Pfaffen. Und trotz aller Lockspeise des Redners überlegt sich doch mancher Prolet, ob für oder wider und besinnt sich auf seine Klasse.

Kamerad König vom Roten Frontkämpferbund Breslau versuchte zu dem Referat das Wort zu erhalten. Aus Angst, daß den Proleten doch verschiedene Zweifel über das wirkliche Gesicht des Reichsbanners aufkommen könnten, wurde ihm das Wort nicht erteilt.

Studienrat Rostkowski hielt in der Pause unsern Kameraden König fest und in sachlicher Form wurden einige politische Fragen diskutiert. Das war natürlich der Kanaille, die sich in der SPD. tummelt, nicht angenehm. Es ertönten Rufe wie „Raus", „Schmeißt ihn raus". Trotzdem das Verhalten unseres Kameraden ein tadelloses war und das Zwiegespräch mit Herrn Rostkowski in der Pause geführt wurde, fühlte sich Herr Bürgermeister Burmann veranlaßt, sich als oberste Polizeigewalt vorzustellen. Ein Arbeiter aus der Hoffmannschen Tonröhrenfabrik, mit Namen Pooß, besaß den traurigen Mut, unserem Kameraden König beim Verlassen des Saales noch einen Stoß zu verpassen. Arbeiter Bunzlaus, merkt Euch den Mann genau und zieht die Lehre aus dieser Gründungsversammlung, ob Ihr Euch als Schleppenträger der Reaktion im Reichsbanner oder als klassenbewußte Arbeiter im Roten Frontkämpferbund organisieren wollt.

Achtung! Kolporteure!

Da eine große Anzahl von Kolporteuren trotz unserer wiederholten Mahnungen noch immer nicht pünktlich und voll abrechnen, senden wir ab sofort nur noch soviel Zeitungen, wie der Geldbetrag ausmacht, der eingesandt wird.

Verlag und Expedition.

Eine Treimühle

Firma Töpfermeister Liebchen, Breslau, Krullstraße.

Einen Brutherd der Ausbeutung bildet die Werkstelle des Töpfermeisters Liebchen. Dieser edle Töpfermeister glaubt scheinbar, in seinen Lehrlingen keine Menschen, sondern gefühls- und willenlose Tiere vor sich zu haben, die er so lange zur Arbeit anspannt, wie es ihm gerade gefällt.

Abgesehen davon, daß er die Lehrlinge fortwährend mit Schlägen traktiert (dazu hat scheinbar in dieser freiesten Republik, in der alle Menschen laut Verfassungsparagraph „gleich" sind, jeder das Recht), übt sich der Sohn des „Meisters" darin, Ziegelsteine und Lehmstücke den Lehrlingen aufs Kreuz zu werfen. Diesen Weg der körperlichen Ertüchtigung geht dann der Meister fort, indem er zwei vierzehnjährigen Lehrlingen zumutet, zehn bis zwölf Zentner Lehm mit einem Handwagen aus Strabelwitz zu holen. Dieses geschieht fast täglich, so auch vor einigen Tagen. Dabei ging ein Rad von dem Wagen ab. Die Lehrlinge, denen es vollkommen unmöglich war, allein den Wagen mit dieser Ladung zu heben, baten die Insassen eines vorüberfahrenden Autos um Hilfe. Nach Kapitalistenmanier lehnten es die sicher sehr „christlichen" Blutsauger ab, bis sich nach längerer Zeit endlich ein Chauffeur zur Hilfe fand. Dadurch hatte sich natürlich die Ankunft in Breslau verzögert. Der „edle" Töpfermeister nahm das als Grund, einen fünf Wochen bei ihm beschäftigten Lehrling, der noch keinen Lehrvertrag abgeschlossen hatte, sofort zu entlassen.

Soweit der Bericht. Diese in dem Bericht geschilderten Tatsachen beleuchten so richtig die verfassungsmäßigen Verhältnisse in dieser Republik. Aber sie zeigen auch deutlich den Weg, den das Jungproletariat gehen muß. Nicht Verlassen auf Jugendschutzgesetz und „Wohlfahrts"bestimmungen, sondern allein auf die Kraft eines starken, den Kampf mit aller Entschiedenheit führenden Jungproletariats, **das sich in der Kommunistischen Jugend organisiert.**

An alle Radiofreunde innerhalb der werktätigen Bevölkerung in Schlesien

Hiermit geben wir zur gefl. Kenntnis, daß auf vielseitigen Wunsch der Radiofreunde aus dem Kreise der werktätigen Bevölkerung eine „Freie Radio-Vereinigung" gegründet worden ist, deren Zweck und Ziel wir mit Nachstehendem bekanntgeben:

Die Radiotechnik — die einer der größten kulturellen Fortschritte der Gegenwart ist — und alle auf diesem Gebiete gesammelten Erfahrungen sollen der werktätigen Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Durch diese technische Errungenschaft ist es möglich, in wenigen Sekunden andere Städte, andere Länder, andere Sprachen und Kulturen kennen zu lernen. Kein Mittel ist geeigneter, erzieherisch und bildend zu wirken, als der Rundfunk, insbesondere für die breite Masse der werktätigen Bevölkerung.

Die F. R. B. ist vor allen Dingen bestrebt, durch Schaffung von billigen Empfangsapparaten zu verhindern, daß es dem Rundfunk nicht so geht wie allen höheren Kultureinrichtungen, indem nur eine kleine Schicht der Bevölkerung Anteil daran hat. Wir wollen die Möglichkeit des Selbstbaues von Empfangsgeräten durch belehrende Tätigkeit, durch Einführung in die Geheimnisse der Radiotechnik, die vielen noch heute unbekannt sind, geben und durch Kurse zum eigenen Schaffen und Denken anregen. Ferner wird erstrebt, den Mitgliedern der FRB. die Möglichkeit zu schaffen, sich in den Besitz der Versuchserlaubnis zu setzen, die es ihnen erlaubt, alle in Frage kommenden Apparate zu bauen, selbst Versuche vorzunehmen und so die Fähigkeiten des Einzelnen zu wecken und zu verwerten. Zentrale, billige Beschaffung von Qualitätsmaterial zum Selbstbauen, muß mit Aufgabe der FRB. sein.

Eine unserer weiteren Aufgaben ist es, den schwerverletzten Kriegsopfern, den Blinden, den Lungen- und Schwerkranken die Möglichkeit zu geben, teilzunehmen an der Errungenschaft der Gegenwart. Wir vergessen dabei nicht die Ausgestaltung des Rundfunkprogramms. Wir wissen, daß diese Programme in ihrer heutigen Form nicht den Wünschen der breiten Schicht der Bevölkerung entsprechen, daß ihr Inhalt oft schwer verständlich, zum Teil Inhalt und Tendenz die Gefühle der breiten Masse verletzen. Unsere Aufgabe wird es sein, mit Unterstützung aller uns nahestehenden Organisationen darauf hinzuwirken, daß unsere Gewerkschaftsvertreter, Sportsfreunde und sonstigen Kulturorganisationen in ausgiebigem Maße zu Wort kommen.

Eine Frage der Zukunft ist die Aufstellung eigener Sender, die davon abhängt, inwieweit sich die werktätige Bevölkerung an unseren Bestrebungen beteiligt und wieweit wir und die uns nahestehenden Organisationen es verstehen werden, sich Gehör in der Oeffentlichkeit zu verschaffen.

Wir bitten um eine rege und zahlreiche Beteiligung. Beitrittserklärungen liegen aus in der Geschäftsstelle in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Büro des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie des Deutschen Verkehrsbundes, Breslau, Margaretenstraße 17. Mündliche Auskünfte werden zweimal in der Woche erteilt, und zwar an jedem Dienstag und Freitag in der Zeit von 5—7 Uhr nachmittags im Büro des Deutschen Verkehrsbundes, Breslau, Margaretenstraße 17 (Neubau), 1. Stock, Zimmer 109.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau.
Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Aus der Geschäftswelt

Ewiger Tageskalender. Der „Ewige Tageskalender" von F. W. Dietz in Rheinsheim, Kreis Karlsruhe, enthebt uns der jährlichen Sorge um einen neuen Kalender beim Jahreswechsel. Er ersetzt Steck-, Block- und Wochenkalender und ist der beste und einfachste für alle, die einen Kalender häufig benötigen.

Wie schon der Name „Tageskalender" sagt, gibt er das Tagesdatum und nur dieses an. Auf kurzen Blick weiß man also, heute ist z. B. der 15. Dezember. Die Zahl ist weithin lesbar. Man braucht keinen Zeiger zu beachten und nicht unter mehreren Zahlen einen herauszusuchen. Das Wort „ewig" will sagen, daß der Kalender für immerwährend ist, also nicht jedes Jahr erneuert werden muß. In dieser wechselvollen Zeit wird es gewiß wohltuend empfunden, wenn man etwas dauerndes, seinen Wert nicht Verlierendes anschaffen kann.

Nicht nur die Einrichtung des „Ewigen Tageskalenders" ist für immer, sondern auch das Material, aus dem er besteht. Die Montierung ist praktisch und stabil, die Handhabung ist die denkbar einfachste, besonders bei Benützung der auf der Rückseite stehenden Tabelle.

Der Preis ist, wenn man die Dauer des „Ewigen Kalenders" in Betracht zieht, sehr billig. Muster gegen Einsendung von 160 Pfg. franko.

Liebich-Theater
Die letzten Vorstellungen
Der neue Lachschlager
Er oder Er
mit
Hartstein
in seiner
Glanz-Doppel-Rolle
Sonntag, den 28. Juni
Abschieds-Abend
Hartstein
und Ende der
Varieté-Saison

Versammlungskalender.

[illegible]

Kommunistischer Jugend-Verband

[illegible]

Andere Organisationen

[illegible]

Gewerkschaften

[illegible]

Schauspielhaus
Operettenhäuser
Tel. Ring 2545.
Heute 8 Uhr
und täglich:
„Annelise von Dessau".

Bettbezüge
Bettücher, Inletts,
Hardt., Hemden,
Unterröcke, fertige
Betten
[illegible] gut und preiswert
Leihhaus
Trebnitzer Straße 21

Billigste Bezugsquelle sämtlicher
Lebensmittel
Spezialität echte geröstete
Kaffees
Erste Schweidnitzer „Perfekt"
Kaffee- u. Getreide-Groß-Rösterei
Gustav Rauprich
Schweidnitz
Cruschstraße 17

Oswald Heinrich
Schweidnitz, Hohstr. 23
Seifenfabrik
Mitglied des Rabatt-Sparvereins
Empfiehlt seine reellen Kernseifen
sowie alle Sorten Wasch-Artikel

Neuer Deutscher Verlag Berlin
Zweigabteilung Schlesien, Breslau, Gartenstr. 46
Soeben erschien:
Redner der Revolution
1. Band
Maximilian Robespierre's Reden
mit historischer Einleitung
Octav, 90 Seiten, in Pappe gebunden
Preis nur 80 Pfennig
Mit vorliegendem Band beginnt im Neuen Deutschen Verlag eine neue Sammlung, die in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte. Die gute Ausstattung der einzelnen Bände geben dem jedem Arbeiter in seiner revolutionären Entwicklung notwendigen Stoff einen passenden Rahmen.
Zu beziehen durch alle Kolporteure.
Wo nicht erhältlich, verlange man direkt vom Verlag.

Genossen, rüstet Euch für den Kampf!
DIE INTERNATIONALE
Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring
*
Die beiden großen Toten rufen Euch zu:
Schult Euch für den Kampf!
Jeder Kommunist muß ein Funktionär der Arbeiterklasse sein!
*
Folgt diesem Ruf und lest DIE INTERNATIONALE
Zu beziehen
durch die Literaturobleute und die
Buchhandlung Breslau, Trebnitzer Str. 50

Schuh-Herz
Blücherplatz 4

Knüppelhageldicht sausen die Hiebe!
Die satirische Arbeiter-Zeitung
Der Rote Knüppel
erscheint zweimal monatlich
Die besten revolutionären Künstler sind Mitarbeiter dieser Zeitschrift „In Wort u. Bild"
Unterstützen Sie den Kampf der Arbeiter
Preis 25 Pfennig
Zu beziehen
durch die Literaturobleute und die Buchhandlung
Breslau, Trebnitzerstrasse 50

Bei jedem Einkauf
muß sich die Genossin
und der Genosse durch erkundigen,
ob der Geschäftsinhaber in unserer Zeitung
inseriert!
Die Geschäfte, die unsere Zeitung sabotieren,
sollen auch auf Euer Geld verzichten!
Kauft nur noch bei
Inserenten Eurer Zeitung!

Der Jungproletet

Lage der Jugend in Poln.-Oberschlesien

Was unsere polnischen Brüder berichten

Die Lage der arbeitenden und arbeitslosen Jugend in Polnisch-Oberschlesien ist eine unerträgliche. Die arbeitende Jugend wird in den Gruben und in den Fabriken auf das schwerste ausgebeutet. Die Löhne haben sich vom Jahre 1914 **bis 1925 um 75% erniedrigt.** Arbeiten müssen die jungen Proleten wie das Vieh. Das, was früher 4 junge Arbeiter an einem Tage geleistet haben, muß jetzt ein Jugendlicher **schaffen. Die höchste Zulage, die die arbeitende Jugend erreicht hat, war 1 Groß (Groschen — 0,8 Pfennig)** z. B. verdiente ein Arbeiter von 18 Jahren über Tage

1,12 bis 1,22 Zloty (1 Zloty — 0,80 Mk.)

den ganzen Tag. Heute verdient er 1,13 bis 1,23 Zloty den ganzen Tag, das sind

91 bis 99 Pfennig.

Die über 18 Jahre alten Arbeiter kommen noch nicht mal auf 50 Zloty monatlich. Weit schlimmer ergeht es jedoch der arbeitslosen Jugend. Bis zum 18. Lebensjahre erhalten sie Jugendlichen überhaupt keine Unterstützung. Die über 18 Jahre alt sind, erhalten 30% des Verdienstes, den sie zuletzt erarbeitet hatten, das sind also **4 bis 10 Zloty wöchentlich.**

Kommt es zu Entlassungen, so wird die Jugend zuerst davon betroffen.

Das, was man in Deutschland beabsichtigt, und zwar die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, ist im streng militaristischen Sinne in Polen schon in der Art vorbereitet, daß bisher der Magistrat Königshütte beschlossen hat, für die arbeitslose Jugend unter 18 Jahren militärische Uebungen einzuführen. Dieses ist der erste Ort. Andere Orte werden folgen.

Bei dieser traurigen Lage der Jugend in Polen sind es nur die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband Polens, welche für eine Besserstellung der unterdrückten Jugend kämpfen. Keine andere Partei, keine andere Jugendorganisation macht auch nur einen Finger krumm, um diese Ausbeutermethoden zu beseitigen. Bis zum Jahre 1923 war in Polnisch-Oberschlesien eine Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Polens vorhanden. Als die Illegalität kam und diese immer strenger wurde, löste sich die Jugendorganisation in Polnisch-Oberschlesien auf und der revolutionärste Teil ging in die Partei. Jetzt im Jahre 1925 sind wir zu der Einsicht gekommen, daß es doch dringend notwendig ist, neben der Kommunistischen Partei eine Kommunistische Jugend in Polen zu schaffen, die sich unter die Leitung des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes stellt. Wir sind mit unserer seit kurzer Zeit geleisteten Arbeit zufrieden. Wir sind deshalb zufrieden, weil bisher überhaupt keine Agitation unter der Jugend geleistet wurde und die heut begonnene, doch schon einige Erfolge gezeitigt hat. An den letzten Aktionen sowie auch am 1. Mai war die Jugend stark beteiligt. Bei der großen Aktion in Polnisch-Oberschlesien Ende März hat die Jugend wieder zum erstenmal zu den Massen gesprochen und ihre Forderungen gestellt. Ein erfreuliches Zeichen ist es, daß sie die Versammlungen der Hadeken und des Korfantyblocks erobern konnte. **Trotz schwerster Illegalität leisten wir die unermüdliche Kleinarbeit des Plakatklebens und der Flugblätterverbreitung.**

Sehr hervorgetan haben wir uns am 1. Mai. Es ist uns gelungen, in diesem Jahre an diesem Tage zwei rote Fahnen herauszuhängen, und zwar in den Orten Chropaczow und Schrabi. In Schrabi wehte

die rote Fahne auf einem Schornstein.

Die Steigbügel desselben wurden abgesägt und nur mit großer Mühe gelang es der Polizei, die Fahnen herunterzuholen. Wir waren uns bewußt, wenn auch eine kleine, so doch eine glänzende Tat vollbracht zu haben.

Die Lage der Jugend in Polnisch-Oberschlesien ist dazu angetan, daß ein revolutionärer Geist, ein Kampfgeist auch in den indifferentesten Arbeiter hineingetrieben wird. Auf allen Versammlungen stellen wir unsere Forderungen:

Einführung der Sechsstundenschicht.

Lohnerhöhung um 75 Prozent.

Abschaffung der Nachtarbeit für die Jugend unter 18 Jahren.

Abschaffung der Untertagearbeit für die Jugendlichen unter 18 Jahren.

Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen von 14 Jahren ab.

Gleiche Rechte, gleiche Unterstützung für alle Arbeitslosen.

Abschaffung der militärischen Uebungen und dafür technische Schulen.

Die arbeitende Jugend in Polen weiß heute schon, daß sie diese Forderungen nur erreichen kann im Kampf und nur unter der Fahne der Kommunistischen Jugendorganisation. Der Kommunistische Jugendverband Polens als einzige Arbeiterjugendorganisation, die sich der Forderungen der Jugend annimmt und für diese kämpft, rüstet heute schon zum Kampf am 21. Juli, an dem der Manteltarif für Polnisch-Oberschlesien abgelaufen ist. Wir, die Kommunistische Jugend und die breiten Schichten des sympathisierenden Jungproletariats kämpfen mit der Kommunistischen Partei Polens und den älteren Arbeitsgenossen Hand in Hand, denn wir wissen, daß nur ein gemeinsamer Kampf zum Siege führen kann. Wir wissen, daß die Jugend erst endgültig ihre Ketten verlieren wird durch den Sieg des gesamten Proletariats.

Genossen! Deutsche Brüder, dafür kämpfen wir!

Ein Jugendgenosse
des Kommunistischen Jugendverbandes Polens.
Bezirk Polnisch-Oberschlesien.

Jugendschutz-Versammlungen der SAJ. und des Jugendkartells in Breslau

Versammlung Nr. 1

Breslau, 24. Juni.

Der Dawesplan wirkt sich immer mehr gegen die Arbeiterklasse aus und am schwersten muß darunter die Jungarbeiterschaft leiden, denn die Angriffe der Unternehmer richten sich zuerst gegen die Jungarbeiter als der unorganisierteste und daher der schwächste Teil der Arbeiterklasse. Ein frischer Luftzug weht wieder durch die Reihen der Jungarbeiter. Da können die SAJ.- und Gewerkschaftsbonzen nicht tatenlos zusehen. Sie müssen die Jungarbeiter mit ihrer „Vernunft" beglücken und sie vor dem „bösen Geist" des Klassenkampfes „bewahren", was ja ihre eigentliche Rolle ist.

Zu diesem Zwecke hat das Breslauer Jugendkartell eine öffentliche Jugendversammlung einberufen, mit dem Thema: „Jugendschutz", um so den Anschein zu erwecken, als wollten sie tatsächlich gegen die Ausbeutung der Jungarbeiter kämpfen. Doch wer in der Versammlung war, wurde eines besseren belehrt.

Der Referent war gezwungen, um sich den Heiligenschein zu wahren, über die lange Arbeitszeit und kargen Lohn zu sprechen. Und gleich hinterher las er Paragraphen aus dem Mittelalter vor, um zu zeigen, wie schlecht es die Jungarbeiter vor vierhundert Jahren hatten und daß es den Jungarbeitern heute nicht so schlecht geht, wie die bösen Kommunisten hinzustellen belieben.

Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Hans Metze. Er zeigte Mittel und Wege, um die Forderungen der Jungarbeiter durchzudrücken und führte Sowjetrußland an, wo der Sechsstundentag für Jugendliche bis 18 Jahre und der Vierstundentag für Jugendliche bis 16 Jahre besteht. Als dann noch ein Sympathisierender und ein Genosse auf die Schuld der SPD.-Führer hinwiesen, da verloren die SAJ.-Bönzlein die Fassung und stellten den Antrag auf Schluß der Debatte, mit der Begründung, daß es schon zu spät sei.

Im Schlußwort wollte der Referent beweisen, daß die SPD.-Führer an dem Elend nicht schuld seien. Da machte ein Genosse den Zwischenruf: „Ebert hat den Munitionsarbeiterstreik abgewürgt." Daraufhin kam es zum Tumult.

Als wir nach der Versammlung einen Demonstrationszug bildeten, schlossen sich viele Jungarbeiter an, ein Beweis dafür, daß wir durch diese Versammlung an Einfluß gewonnen haben.

*

Versammlung Nr. 2

Er kam nicht. Wer? Der große Kreuzer neuen Menschentums, Max Westphal, der am 29. Mai im großen Gewerkschaftshaussaal über Jugendschutz sprechen sollte. In seiner Stelle sprach Löffler-Berlin. Genau wie Westphal sprach er kurz und einfältig. In einem Anfall von Großzügigkeit stellte er fest, daß die Notlage der Jungarbeiterschaft trotz der freien deutschen Republik, trotz der Weimarer Verfassung noch groß sei. Aber, so erklärte er feierlichst, die SAJ. hat sich an den Reichstag gewandt mit dem Wunsche, nach einem neuen Jugendschutzgesetz. Sie erhofft, daß ihre Wünsche durchgeführt und erfüllt werden. (Preisfrage: Wann?) Nach der recht dürftigen Ausführung sprachen in der Diskussion die Genossen Thomas und Ihmann. Thomas verglich die Taten der SAJ. mit ihren Worten. Ihmann zeigte das praktische Beispiel eines guten Jugendschutzes an Sowjetrußland. Ein Anarchist unterstützte unsere Genossen. Zwei Pojaze der Breslauer SAJ. fühlten sich bemüßigt, in die Debatte belustigend einzugreifen. Einer von ihnen verlas einen „echten" Brief aus Sowjetrußland (geschrieben in einer Pension am Kurfürstendamm, Berlin WW.) Natürlich sind Mord und Totschlag in Rußland an der Tagesordnung. Die armen russischen Sozialdemokraten würden schwer gequält usw. usw. Wer es glaubt, bezahlt einen Taler, oder — liest die Berichte der englischen Gewerkschaftler.

Das Schlußwort Löfflers war karg. Nichts, garnichts hatte die Versammlung gebracht.

Den SAJ.-Leuten aber rufen wir zu: Die Zeit der Romantik ist längst vorbei. Eure Träume sind ausgeträumt. Nun gilt es Entscheidung: für kapitalistisches System oder für die proletarische Revolution. Diesen letzteren Weg wollen wir gehen.

Arbeiterjugend, zwei Versammlungen für Jugendschutz waren in Breslau. Nichts haben die Referate gebracht. Alles leeres Gerede.

Junge Arbeiter! Hört, was die Kommunistische Jugend über den Jugendschutz zu sagen hat. Freitag, den 10 Juli große öffentliche Jugendversammlung der KJ. Breslau. Thema: Jugendschutz.

Wie kam ich zur KJ.?

Von Kurt, Waldenburg.

(Wir drucken diesen Artikel trotz kleiner stilistischer und orthographischer Fehler ab, da aus ihm der natürliche Drang eines jungen Arbeiters nach Freiheit in primitiven, schönen Worten spricht. D. Red. d. Jungprol.)

Ostern. Schulentlassung. Sie bedeutete für mich sowie viele meiner Kameraden ein erlösendes Wort. Freiheit, ein lang ersehntes Wort. Frei sein von den musternden Blicken des Lehrers und tun und lassen was wir wollten. Nun, die so sehr ersehnte Freiheit kam. Der Lehrer hielt eine langatmige Rede, für uns viel zu lang. Er sprach von Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterland, von der Liebe zu Gott, nun für mich schon damals ziemlich gleichgültigen Dingen, da mein Vater den sogenannten Heldentod fürs Vaterland starb. Jetzt stand die Frage, was sollst du lernen. Mein Ideal war, Schlosser zu werden. Doch die Mutter sprach, das geht nicht, als Schlosser hast du drei Mark, geh auf die Zeche, da gibt es sechs Mark die Woche, du weißt wir brauchen Geld. Und um drei Mark mehr willen, mußte ich mein Ideal zu Grabe tragen. Die erste Schicht kam, mir surrte der Kopf von all dem Lärm, der mich umgab. Ich stand neben 20 gleichaltrigen Jugendlichen und wir klaubten die Berge aus den Kohlen. Eine elende Arbeit, das fahrende Eisenband andauernd vor den Augen, dazu der ohrenbetäubende Krach der Treibriemen und der Maschinen. Dazu der Kohlenstaub, man sah die Hand kaum vor den Augen. Mir wurde ganz dumm im Kopf. Zu Hause angekommen, sagte ich zur Mutter, daß mir dies gar nicht gefiel, diese monotone Arbeit mit der Aussicht, einmal als bleichsüchtiger Junge in die Grube fahren zu dürfen, doch da kam ich schön an. Ob wir verhungern sollten usw. Ich lernte die „Freiheit" gleich am Anfang gründlich kennen, diese monotone Arbeit vernichtet langsam aber sicher den Geist, der in der Jugend steckt. Man wird abgestumpft gegen die Schönheiten der Welt. (Wenn es für den Proletarier in dieser gesellschaftlichen Ordnung überhaupt noch welche gibt.) Schicht reihte sich an Schicht, so ging es zwei Jahre, mit der Unterbrechung, daß man sich Sonntags einen Kitschfilm ansah. Doch es gibt Tage, wo der Mensch mit sich selbst zu Rate geht, wo er sich auf sich selbst besinnt. An einem solchen Tage kam ein Kollege zu mir, den ich nur vom Sehen kannte. Ich wußte von ihm, daß er bei den Kommunisten war. Er drückte mir ein Flugblatt in die Hand, in welchem vom Sechsstundentag für die Jugendlichen die Rede war, sowie vom Leben der Jugendlichen in Sowjet-Rußland. „Aber Kampf, dreimal Kampf dafür. Kamerad, schließe dich den revolutionären Jugendlichen an", sprach er. Mein Entschluß war gefaßt und ich bereue ihn bis heut nicht, trotzdem er mir manchen Verdruß und manches Strafmandat brachte. Zuvor sollte ich aber noch eine andere, sich auch proletarische Jugendorganisation nennende Jugend kennen lernen, nämlich die SAJ.

Mein jetziger Genosse sprach zu mir, warte morgen abend auf mich, ich hole dich ab, dann gehen wir zusammen in den Heimabend. Mit Spannung erwartete ich den Abend. Mit Begeisterung und Kampfstimmung erfüllt, ging ich mit. Die Heimzimmer der KJ., sowie der SAJ. lagen sich gegenüber, mit den Fenstern dem Hofe zu. Neugierig, wie man als Jugendlicher nun einmal ist, erkletterte ich das eine Fenster und sah in das Zimmer. Ich dachte eine andächtig zuhörende Schar von Jugendlichen zu sehen, welche einem Vortrag lauschten. Aber es war ein Schlag für mich, was ich da sah. Mißtrauisch fragte ich meinen Begleiter, ist das etwa die KJ. Er stellte sich neben mich und sah auch hinein. Sie machen wieder den alten Quark. „Volkstänze, mit denen sie die meisten Abende ausfüllen", sagte er. Es ist die SAJ., du wirst sie noch besser kennen lernen, komm nur mit, wir gehen jetzt zu unseren Genossen. Etwas stark gedeppt ging ich hinein. Nach Schluß des Abends stand es in mir fest, hier ist dein zukünftiger Weg, zumal sich die SAJ. im Laufe des Abends weigerte, gemeinsam mit den Kommunisten für die Forderungen der Jugendlichen einzusetzen. Und heute bereue ich es nicht, daß ich bin zu denjenigen gegangen, die die heutige Welt verachtet. Es wird auch der Tag kommen, wo die Jungproleten erwachen, welche bis jetzt noch der SAJ. nachlaufen. Ihr Jungproleten, die ihr den Kampf aufnehmen wollt um den Sechsstundentag, höhere Löhne, Ferien, bessere soziale Verhältnisse, **hinein mit euch in die KJ., der einzigsten Interessenvertreterin des Jungproletariats!**

Kommunistischer Jugendverband, Bezirk Schlesien

Achtung! Unterbezirks-Konferenzen!

Sonntag, den 28. Juni finden in Breslau für den Unterbezirk Breslau, Schmiedeberg für den Unterbezirk Landeshut, Lauban für den Unterbezirk Görlitz, Dittersbach für den Unterbezirk Waldenburg, Unterbezirkskonferenzen statt.

Wir verweisen noch einmal alle Ortsgruppenleiter auf unser Rundschreiben. Berichtsbogen der Ortsgruppen und Zellen sind mitzubringen.

Bezirksleitung.

Jung-Spartakus-Bund

Verfolgung des JSB. auch in Oberschlesien

Es ist noch nicht lange her, als wir die Mitteilung erhielten, daß neben dem Verbot des JSB. in Bayern auch die thüringische Regierung den JSB. für ganz Thüringen verboten hat. Das Verbot in Thüringen wurde hervorgerufen durch die gute Arbeit der JSB.-Genossen in der Schule. Die Genossen haben es dortselbst verstanden, gutarbeitende Schulzellen aufzubauen, die einen Kampf gegen die Prügelhelden und andere Laster der Schule führten.

Durch unsere Genossen des JSB. in Hindenburg und Biskupitz erfahren wir jetzt, daß auch hier in Oberschlesien die Schulreaktion den JSB. verfolgt. Mitte Juni wurde in sämtlichen Schulen Hindenburgs und Biskupitz' (wahrscheinlich auch in anderen Orten) in allen Klassen Nachfrage gehalten, welche von den Schulkindern sich im JSB. befinden.

Das Unerhörteste bei dem Vorgehen der Leiter ist jedoch die Tatsache, daß der Lehrer Sedlaczek die Mitglieder des JSB. wegen Zugehörigkeit zur Organisation geschlagen hat.

Beachtenswert ist es, daß die beiden jüngsten Söhne des Lehrers einer völkischen Organisation angehören und der Aelteste der beiden mit der völkischen Kindergruppe militärische Uebungen unternimmt, und dabei den Kindern mit einem Stock dauernd an die Waden schlägt.

Wir fordern die sofortige Amtsenthebung des Lehrers Sedlaczek und fordern alle Gemeindevertreter von Biskupitz auf, die mit den Arbeiterkindern fühlen, einem demnächst eingebrachten kommunistischen Antrag auf Amtsenthebung zuzustimmen. Wir bitten alle Genossen insofern aufklärend zu wirken, daß die Schullehrer kein Recht haben, Kinder zu prügeln oder zu beschimpfen. Erfüllt jeder seine Pflicht, dann werden die Worte der Lehrer zu den Kindern, daß diejenigen, die dem JSB. angehören, in die Hölle und ins Zuchthaus kommen, in alle Winde verfliegen.

Der jetzt folgende Bericht eines JSB.-Genossen ist dazu geschrieben, damit mit ganzer Kraft an den Aufbau unserer Kindergruppenbewegung herangegangen wird.

*

Der Lehrer in der Schule

Am 17. Juni 1925 fragte der Lehrer die Kinder, was für Vereine und Verbände es gibt. Da sagten die Kinder: Jungborn, Jünglingsverein und noch andere. Der Lehrer meinte: diese Vereine wollen aus Euch gute Kinder machen. Aber, sagte er, kennt ihr auch einen Jung-Spartakusbund? Der will bloß die Kinder vom Glauben abhalten. Warum sagt der Lehrer, der Jungborn will aus euch gute Kinder machen? Er will die Arbeiterkinder verdummen und sie in noch größeres Unglück führen. Arbeiterkinder, hört nicht auf diesen Prügelhelden. Tretet ein in den Jung-Spartakus-Bund und folgt der roten Fahne nach, denn diese wird euch und eure Väter aus dem Elend erlösen, und aus euch junge Freiheitskämpfer machen!

Heil Sowjet!

Waldenburg

Mitgliederversammlungen im Unterbezirk Waldenburg

Donnerstag, den 25. 6., in Altlässig, 5 Uhr abends.
Freitag, den 26. 6., in Langwaltersdorf, 6 Uhr abends.
Sonnabend, den 27. 6., in Görbersdorf, 7 Uhr abends.
Sonntag, den 28. 6., in Neurode im „Ringkaffee", 10 Uhr vormittags.
Sonntag, den 28. 6., in Konradsthal, 2 Uhr nachmittags.
Montag, den 29. 6., in Seitendorf, 6 Uhr abends.
Dienstag, den 30. 6., in Lehmwasser.

Fellhammer. Eine offene Anfrage an Onkel Paul in der „Bergwacht". Onkel Paul am Laisebach, der sonst jedes alte Weibergeschwätz in seiner Wochenplauderei breit tritt, hat diesmal nichts merken lassen von seinem lieben Freund und Genossen U. aus Fellhammer. Herr U., sozialdemokratischer Gemeindevertreter und zugleich Hausverwalter des Hauses Schulstraße 5, ist in eine üble Lage versetzt worden. Als jetzt plötzlich die Bücher in der Gemeinde kontrolliert wurden, wurde festgestellt, daß das Konto für U. ein großes Loch bekommen hat; es fehlten da von sechs Monaten die verabfolgten Gelder für Miete im Gesamtbetrage von über 1600 Mark.

Man machte geheime Gemeindevertretersitzungen und versuchte bei der SPD., die Sache als harmlos hinzustellen. Es liegt nun an der Einwohnerschaft von Fellhammer, daß solche Schweinereien in öffentlichen Sitzungen behandelt werden. Vielleicht kann Onkel Paul dies seinem Genossen nicht antun.

Einige Einwohner von Fellhammer.

Freiburg. Reichsarbeitersporttag. Wie überall, so begingen auch hier die Arbeitersportler ihren Werbetag. Obwohl das Wetter nicht gerade günstig war, gelang es doch, einen verhältnismäßig beträchtigen Teil Zuschauer auf die Beine zu bringen. Schon die Staffeiten am Vormittag und die Wettkämpfe der Athleten erfreuten sich regen Zuspruches. Das Glanzstück des Tages war der Festzug, welcher sich nachmittags durch die von Neugierigen eingesäumten Straßen bewegte. Er zeigte, daß trotz aller Schikanen und Schwierigkeiten immer noch Leben pulsiert in der Freien Turn- und Sportlerschaft. Setzte sich doch der gesamte Festzug aus aktiven Genossen zusammen. Er hat seinen Eindruck wohl nicht verfehlt. Das Programm des Nachmittags zeigte, daß fleißig geübt worden ist im vergangenen Jahr und bot die Gewähr, daß dies auch ferner der Fall sein wird. Möchten sich die Zuschauer, Leser der Zeitung und alle Freunde des Arbeitersports die Worte des Sportkartellvorsitzenden zu Herzen nehmen, die dahin gingen, die Arbeiter-Turn- und Sportsache fördern zu helfen durch eigene Mitgliedschaft oder durch Werben von ihren Arbeitskollegen, die sich immer noch in der bürgerlichen Bewegung, also bei ihren Klassenfeinden, befinden.

Lokales

Ferienbriefe von Arbeiterkindern

Wir veröffentlichen nachstehend einen Brief, der zwei Kinder, die am Ende voriger Woche durch die FAH., Ortsgruppe Breslau, nach Sachsen zur Erholung geschickt wurden, an ihre in Breslau wohnenden Verwandten geschickt haben. In ihm wird mit kindlicher Naivität vortrefflich geschildert, wie Proletarier, die selbst um ihr tägliches Brot hart kämpfen müssen, praktische Solidarität an ihren Klassengenossen üben, die noch größere Not als sie leiden müssen.

Dresden-Goschütz, den 21. Juni 1925.

Liebe Tante Klara!

Wir sind vom Freiburger Bahnhof abgefahren und am Dresdener Hauptbahnhof glücklich angekommen. Auf der Bahn hatten wir sehr gut zu essen. Als wir auf dem Dresdener Hauptbahnhof angelangt waren, gingen wir in den großen Wartesaal, dort wurden wir gezählt, ob wir auch alle vollzählig sind. Als wir fertig waren, fuhren wir noch zwei Stationen weiter bis Freital, um dort unseren Pflegeeltern übergeben zu werden. Dann gingen wir in einen großen Garten und da bekamen wir Kaffee und Brötchen. Die Brötchen sind dort ganz anders als wie bei uns. Dann konnten sich die Pflegeeltern die Kinder aussuchen, welche sie wollten. Dann fuhren wir mit der Elektrischen bis nach Goschütz. Dann gingen wir nur Berge hinauf. Dort hat es nur Felsen und Berge. Dort kommt Euer Bier her. Als wir in unserer Wohnung angekommen waren, mußte ich mich waschen und bekam Kaffee und Brötchen und mußte schlafen; ich habe sehr gut geschlafen. Als ich aufgestanden war, bekam ich warmes Mittagbrot. Nach dem Mittagbrot gingen wir mit der kleinen Ilse, die ebenso alt wie die Gretel ist, den Berg hinab in eine große Villa. Dort kauften mir die Leute eine schöne Jacke, eine feine Strickjacke, wie Du sie mir schon immer mal kaufen wolltest, auch kauften sie mir ein Paar Strümpfe und Pantoffeln. Ich habe es hier so schön und so gut, habe sehr viel zu essen und den ganzen Tag nichts zu tun. Der Erwin ist im Nachbarhause. Er hat einen schönen weißen Anzug und ein Paar Hosenträger bekommen. Den ganzen Tag treibt er sich im Garten herum. Jetzt aber habe ich keine Zeit mehr, wir wollen jetzt zum Sommerfest gehen. Morgen kommt eine kleine Musikkapelle, wo unsere Häuser oben sind.

Im Mittag ist auch bei der Frau wo ich bin.

Sei vielmals gegrüßt von Deiner Nichte
Hedel und Neffe Erwin.
Viele schöne Grüße von den Pflegeeltern.

*

Die Pflegemutter der aufgenommenen Kinder fügte dem oben veröffentlichten Brief folgende Zeilen an:

Liebe Frau Manke!

Mit großer Freude muß ich Ihnen mitteilen, daß wir Ihre beiden Nichten und Neffen zu uns genommen haben. Wir wohnen hier in Goschütz in der Baugenossenschaft Groß-Dresden. Es ist eine kleine Kolonie. Da sind beide den ganzen Tag beisammen. Also machen Sie sich keine Sorgen. Die sollen bei uns keine Not leiden. Wir werden alles tun, damit ihnen kein Heimweh aufkommt. Denn ich bin selbst Mutter von fünf erwachsenen Kindern, von welchen der älteste Sohn 28 Jahre und der jüngste 22 Jahr alt sind. Ich selbst kann ja nicht groß geben, da ich selbst Kriegerwitwe bin. Aber meine Kinder geben sehr gern und es macht ihnen große Freude.

Mit vielen herzlichen Grüßen verbleibe ich Ihre

Fr. Menschan.

Schamlose Ausbeutung

Zu der Berichtigung zu dem genannten Artikel sendet uns Herr Johannes Breithaupt, Höfchenstraße 51, folgende Richtigstellung, die von seinem Angestellten als den Tatsachen entsprechend bestätigt wird:

Ich beschäftige an meinem Stand Ritterplatz einen Wärter, derselbe hat einen Verdienst, welcher allerdings schwankt, jedoch selbst in seinem tiefsten Stand noch höher ist als der seiner gleichartigen Kollegen. Da er der Wärter, ein sehr langjähriger Mitarbeiter für mich ist, habe ich ihn schon des öfteren gefragt, ob er mit seinem Verdienst zufrieden ist. Diese Frage wurde stets bejaht. Ich habe ihn nie, auch nicht auf dem Paschplatz, gegen freie Kost ohne Lohn beschäftigt, sondern im Gegenteil für jeden mir geleisteten Dienst, welcher mit seinem Stand Ritterplatz nichts zu tun hat, sehr anständig bezahlt.

Kleinhandelspreise in Breslau
am 24. Juni 1925.

(Aufgestellt vom Statistischen Amt der Stadt Breslau.)

Lebensbedürfnisse	höchster	niedrigster	durchschnittl.
	Preis Goldpfennige		
1 kg Roggenbrot, weißes	—	—	38
„ Roggenbrot, helles	—	—	32
„ Roggenmehl, gewöhnliches	44	36	40
„ Weizenmehl, inländisches	54	40	46
„ Graupen, grobe	60	36	48
„ Weizengrieß	64	56	58
„ Haferflocken (lose oder offen)	68	44	56
„ Nudeln (inländische Wassernudeln)	100	48	62
„ Reis (Vollreis mittlerer Güte)	70	40	52
„ Erbsen (gelbe, ungeschält)	80	40	52
„ Speisebohnen (weiße, ungeschält)	70	44	54
„ Linsen	120	56	90
„ Kartoffeln (ab Laden)	12	8	10
„ Weißkohl	—	—	80
„ Wirsing	—	—	90
„ Rotkohl	—	—	—
„ Spinat	80	40	60
„ Mohrrüben	15	8	125
„ Sauerkraut	30	16	20
„ Grünkohl	—	—	—
„ Rindfleisch (Kochfleisch mit Knochen)	240	180	222
„ Schweinefleisch (Bauchfleisch, frisches)	240	180	196
„ Kalbfleisch (Kochfleisch)	260	180	220
„ Hammelfleisch (Kochfleisch)	240	200	220
„ Speck (fett, geräuchert, inländischer)	320	260	282
„ Butter (inländische, Molkereibutter	442	416	430
„ Landbutter	—	—	—
„ Margarine (mittlere Sorte)	240	120	160
Schweineschmalz inländisches	280	240	264
„ ausländisches	200	180	190
„ Magerkäse (Harzer- und Kuhkäse)	160	80	116
„ Salzheringe	—	—	—
„ norwegische	—	—	—
„ englische	120	48	80
„ Schellfische (ohne Kopf, im Ausschnitt)	90	60	80
„ Kabeljau (frisch)	80	50	70
„ Dorsch (frisch)	—	—	—
„ Backobst, gemischt oder ungemischt	200	70	120
„ Gestoßener Zucker (Haushaltszucker)	72	62	68
1 Ei	12	10	11
1 Liter Vollmilch	—	—	24
1 kg Kaffee-Ersatz, Korn, lose	60	48	52
„ Kaffee-Ersatz, Gerste, lose	60	48	34
„ Speisesalz	16	10	14
1 Zentner Steinkohlen (frei Keller)	179	150	165
„ Braunkohlen (frei Keller)	100	70	80
„ Braunkohlenbriketts (frei Keller)	156	125	141
„ Gaskoks (frei Keller)	196	156	170
„ Torf (frei Keller)	—	—	90
Brennholz, gesägt (gebräuchl. Sorte), fr. Keller	300	250	305
1 Kubikmeter Kochgas	—	—	20
„ Leuchtgas	—	—	20
1 Kilowattstunde Elektrizität (Licht)	—	—	40
1 Liter Petroleum	26	22	24
1 kg Soda (lose)	20	14	16

Kronprinzens unter Schutz der republikanischen Polizei

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:

Man sollte es kaum für möglich halten, was man heutzutage in der deutschen „Republik" alles erleben kann! Folgendes kleines Intermezzo, das mir jüngst hier in Breslau, am vergangenen Donnerstag bei dem Konzert des Wiener Philharmonischen Orchesters passierte, möge hierzu einen kleinen Beitrag liefern.

Der Saal, in dem das Konzert stattfand, war bis auf den letzten Platz ausverkauft. Unter den zahlreichen Zuhörern sah man u. a. auch den ehemaligen deutschen Kronprinzen in Begleitung seiner Frau und umgeben von einem zahlreichen Gefolge.

Schon vor Beginn des Konzertes hatte es mich und viele andere empört, daß man für die noch viele Tausende zählenden Besucher nur einen schmalen Eingang geöffnet hatte, während man einen zweiten verschlossen hielt. Durch diesen ging die „Kronprinzeß".

Nach Beendigung des Konzertes drängte naturgemäß alles hastend den Ausgängen zu. Auch ich suchte durch eine Seitentür, die deutlich die Bezeichnung „Ausgang" trug, und durch die auch schon vor mir mehrere Konzertbesucher hindurchgegangen waren, den Saal zu verlassen. In diesem Augenblick erschien eilends ein Saaldiener, hielt mich zurück und — — schloß mir vor der Nase die Tür zu! Als ich den schwarzbefrackten Hüter der Ordnung erstaunt fragte, was das zu bedeuten habe, antwortete er mir mit verständnisloser Miene: „Na, sehen Sie denn nicht, daß Sie hier nicht raus können!? „Man" zieht sich hier doch aus!" Erst verstand ich nicht, was der Mann damit sagen wollte, bis mir endlich der Sinn der dunklen Rede klar wurde — — Gott! Wie konnte ich nur so dumm sein! Unweit vor mir stand, über einen Tisch gebeugt, die Kronprinzessin, gerade im Begriff, sich ihren Autodreß anzulegen! Eine unwillkürliche Wut stieg augenblicklich in mir auf, ich konnte mich nicht mehr an mich halten und ich rief: „Sind denn vielleicht diese Leute etwas Besseres als wir?" In diesem Moment stürzte eine ältere Dame auf mich zu — wie sich später herausstellte, die Hofdame der Kronprinzessin — der Prototyp jener Frauen, die, immer nach einer recht eigenartigen, dafür aber echt „deutschen" Mode gekleidet, jeden gewöhnlichen Sterblichen mit ihrer „aristokratisch-geschlechteralten" Ueberlegenheit für einen Lumpen anzusehen pflegen, und fuhr mich wütend verachtenden Blickes an: „Pfui, schämen Sie sich, eine solche Meinung zu äußern!" Worauf ich ebenso prompt erwiderte: „Gott sei Dank, gibt es noch Leute, die den Mut haben, auch Menschen von „Gottes Gnaden" ihre Meinung ins Gesicht zu sagen!"

Sogleich öffnete sich die Tür und man sah, wie draußen das Auto des Kronprinzen stand, umgeben von einer vielköpfigen Menge, die von Schupobeamten (den Hütern der republikanischen Ordnung!) in exakt-genauer, preußisch-strammer, gerader Linie zurückgehalten so, selige Zeit des Militarismus!, „ihrem" Kronprinzen, der gefallen, sich nach allen Seiten verneigend, seinen Wagen bestieg, mit Hurra- und Hochrufen zujubelte. Langsam setzte sich das Auto in Bewegung und verschwand allmählich den sehnsüchtigen Blicken — —

Es war alles ganz wie früher, nicht, als wenn wir eine Revolution durchgemacht hätten und in einer erst sieben Jahr alten Republik lebten!

Für diesen Mann, den herrlichen Vertreter des noch herrlicheren „Immerdruf-Typus" reservierte man einen Extraausgang, mit Polizeiaufgebot sperrte man in weitem Umfang den Platz vor dem Konzerthaus ab, nur damit „ER" ungehindert seinen Wagen besteigen konnte!

Und dazu gibt sich eine Polizei her, die die Republik schützen soll, und die dafür noch von ihr bezahlt wird!!....

Strobel.

Neuwahl des Erwerbslosenrates

Nach Verhandlungen zwischen der Opposition der Erwerbslosen und Magistratsmitgliedern hat der Magistrat beschlossen, dem Antrag auf Ausschreibung von Neuwahlen für den Erwerbslosenrat stattzugeben.

wenden. Bekanntlich weigerte sich der scharf angegriffene Er-
In kommender Woche sollen die Vorschlagslisten eingereicht
werbslosenrat, seine Aemter niederzulegen. Die Ausschreibung der Neuwahlen ist eine Folge des von uns veröffentlichten Offenen Briefes an den Oberbürgermeister und der erste Erfolg der Opposition.

Bei den gemachten Verhandlungen gelang es Malinka und Konsorten, trotz wütender Ausfälle auf Genossen Kaffanke und die Trebnitzer Straße, sich nicht von den gegen sie erhobenen Beschuldigungen zu reinigen.

Nun gilt es alle Kräfte einzusetzen, um bei der Neuwahl des Erwerbslosenrates, an die Stelle der korrumpierten Elemente wirklich ehrliche, zuverlässige und klassenbewußte Arbeiter zu wählen.

Die Erwerbslosenfraktion muß bereits jetzt mit den Vorarbeiten beginnen. Alle Mitglieder der Fraktion treffen sich heute nachmittag um 6 Uhr in der Trebnitzer Straße.

Straßenbahnfragen im Haushaltsausschuß

Der Antrag auf Einführung von Arbeiter-Fahrkarten bei der Straßenbahn beschäftigte den Haushaltsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung. Es wurde beschlossen, der Hauptversammlung die Ausgabe von Wochenkarten zum Preise von 1,20 Mark für alle städtischen Gehalts- und Lohnempfänger vorzuschlagen, deren jährliches Einkommen 1800 Mark nicht übersteigt. Die Karten sollen zu je zwei Fahrten am Tage mit je einmaligem Umsteigen berechtigen. Ferner sollen städtische Beamte und Lehrer bis einschließlich Besoldungsgruppe IX Monatskarten nach Art der im Frieden üblichen unter einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Erhöhung des Preises erhalten. — Um Irrtümern vorzubeugen, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich hierbei zunächst nur um Beschlüsse des Ausschusses handelt und daß zur Durchführung der gefaßten Maßnahmen noch die Zustimmung der Vollversammlung und des Magistrats erforderlich ist.

*

Die Besichtigung der Geographischen Ausstellung unter Führung von Dr. Wode ist auf Freitag, den 26. d. Mts., verlegt worden. Treffzeit und Treffpunkt — 6 Uhr abends vor dem Haupteingange zum Ausstellungsgelände — bleiben unverändert bestehen.

Radrennen in Grüneiche

Der Große Preis von Breslau

6 Meisterfahrer in einem Lauf.

Dem Weltmeister Linart wird am 28. Juni eine Konkurrenz gegenübergestellt, die aus den zurzeit besten Vertretern der Stehersport treibenden Länder besteht. Weit über die Grenzen Deutschlands hinaus wird diesem Rennen eine Bedeutung beigemessen, die dem Endlauf einer Weltmeisterschaft gleichkommt. Linart, Grassin, Pariset als Vertreter des Auslandes, und Saldow, Rosellen, Thomas werden sich in dem 30 und 70 Kilometerlauf dieses Rennens gegenüberstehen. Das Rennen verspricht außerordentlich interessant zu werden.

Schluß des Johannesfestes am 28. Juni

Von der Leitung des Johannisfestes wird uns mitgeteilt, daß dieses am 28. Juni bestimmt sein Ende findet. Der kommende Sonntag beschließt das Johannisfest mit einem Ballonaufstieg der Elvira Wilson und einem Riesenfeuerwerk.

Neukirch. Arbeitersport. Am hiesigen Orte wurde die Reichssportwoche am Sonntag durch den Arbeiterturnverein und Fußballklub S. C. Falke im Sinne des Arbeitersports eingeleitet, und zwar durch leichtathletische Wettkämpfe, Langlauf, auch kurze Strecken, Kugelstoßen usw. Darauf folgten Handball und Fußballkämpfe. Am Mittwoch spielte der Fußballverein Falke gegen die spielstarke Elf Union Deutsch-Lissa. Beide Mannschaften zeigten ihr bestes, ja genußreiches Spiel, doch mußte sich Union eine knappe Niederlage von 2:1 von Falke gefallen lassen. Am Freitag spielte die Handball-Abteilung gegen die 5. Abteilung Breslau, welche mit einem Resultat von 5:1 für die 5. Abteilung entschieden wurde. Trotzdem der Eintrittspreis für alle Veranstaltungen auf 50 Pfg. bemessen war, ließ der Besuch von seiten der Arbeiter viel zu wünschen übrig. Woran liegt dieses hier am Orte? Erstens fehlt den meisten Arbeitern die richtige Einschätzung der Bedeutung und Pflege des Arbeitersports und ein großer Teil davon sucht die Arbeitersportbewegung auf alle mögliche Art zu sabotieren und unmöglich zu machen. Es soll heut hier festgestellt sein, daß jene, welche immer den Mund voll haben von Sozialismus und klassenbewußte Genossen auf jede nur erdenkbare Art mit Schmutz bewerfen, heute noch ihre Kinder in den hier am Orte befindlichen deutschnationalen Turnverein schicken. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, diesen Eltern den richtigen Weg zu zeigen, den sie als Arbeiter zu gehen verpflichtet sind.

F.

Aus der Partei

Bezirk West

Freitag abend 7 Uhr: Zusammenkunft aller Parteimitglieder der Rote-Front-Kämpfer in Zivil. Die Rote Hilfe, der Gesangverein, sowie sämtliche Kassierer und Zellenobleute haben zu der stattfindenden Bezirks-Mitgliederversammlung pünktlich zu erscheinen, desgleichen alle Mitglieder. Lokal: Blaue Eck, Frankfurter Str. 17. Referent von der Bezirksleitung.

Achtung! Bezirk Ost

Donnerstag, den 25. Juni, abends 7,30 Uhr, findet bei Franke, Sternstraße 173, eine Bezirksversammlung statt. Da die Tagesordnung von großer Wichtigkeit ist, muß jeder Genosse erscheinen. Wer nicht erscheint, wird zur Verantwortung gezogen. Die Tagesordnung lautet: 1. Politische Lage, Aufgaben und Taktik der Partei. 2. Wahl der Delegierten zum Parteitag. Referent der Bezirksleitung anwesend.

Alle Geldsendungen für die Bezirksleitung sind unter entsprechender Kenntlichmachung ob für Beiträge, Kampffonds usw. auf das Postscheckkonto Nr. 11396 Postscheckamt Breslau, Artur Müller, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, zu überweisen.